

Arbeitskreis Konjunktur, DIW Berlin

Article

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2007/2008

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur, DIW Berlin (2007) : Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2007/2008, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 74, Iss. 30, pp. 453-477

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151529>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wochenbericht

Tendenzen der Wirtschafts- entwicklung 2007/2008

Weltwirtschaft weiter auf Wachstumskurs

Im Sommer 2007 setzt sich das weltwirtschaftliche Wachstum mit nur wenig verlangsamtem Tempo fort. Zwar ist die Dynamik in den USA schwächer als in den Vorjahren, jedoch blieb die Konjunktur in allen anderen großen Wirtschaftsräumen kräftig, vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Damit ist das Szenario einer im vergangenen Jahr vielfach befürchteten starken Abschwächung der Weltkonjunktur nicht eingetreten.

Weltweit zeigten die Aktienmärkte im bisherigen Jahresverlauf erhebliche Kurssteigerungen. Das Kurs-Gewinn-Verhältnis blieb dabei zumeist aber deutlich geringer als im Aktienboom der Jahrtausendwende und stellt keine Überhitzung dar. Der Rückgang der Kurse an der Chinesischen Börse beeinträchtigt die übrigen Aktienmärkte kaum, ist er doch vor allem auf kurzfristige wirksame steuerliche Maßnahmen zurückzuführen. Der Boom auf den Immobilienmärkten hat sich insgesamt abgeschwächt. Weder in den USA noch in Großbritannien ist es zu einer „harten Landung“ gekommen. Zwar weist dieser Markt in einigen Ländern noch Überhitzungen auf; diese dürften aber beherrschbar sein. Da die Lohnpolitik in den Industrieländern überwiegend moderat ist und offenbar auch keine größeren Inflationserwartungen bestehen, sind von der Geldpolitik keine stark bremsenden Reaktionen zu erwarten.

USA: Die Zentralbank wartet ab

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in den USA im ersten Quartal 2007 nur noch mit einer Jahresrate von 0,7% gestiegen; dies ist der niedrigste Quartalszuwachs seit 2003. Zur schwachen Produktionsentwicklung trug vor allem eine nachlassende Dynamik der Unternehmens- und Wohnungsbauinvestitionen sowie der Exporte bei. Der Konsum der privaten Haushalte nahm hingegen mit einer Jahresrate von 4,2% kräftig zu. Die Kerninflationsrate, gemessen an der Entwicklung des Verbraucherpreisindex ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel, lag mit 2,2% nach wie vor in einem Bereich, den die Notenbank auf mittlere Frist nicht ignorieren kann. Wegen des spürbaren Anstiegs der Energiepreise ist der Verbraucherpreisindex zuletzt sogar um 2,7% gewachsen. So steht die Zentralbank vor der schwierigen Aufgabe, die Inflation zu dämpfen, ohne dabei die Konjunktur zu gefährden. Bis zum Jahresende dürfte die Fed daher den Satz für Tagesgeld bei 5,25% belassen und mit Zinssenkungen abwarten, bis es klare Anzeichen gibt, dass die Kernrate der Inflation spürbar fällt.

Arbeitskreis Konjunktur
asteinherr@diw.de

Inhalt

Tendenzen der Wirtschafts-
entwicklung 2007/2008
Seite **453**

Im nächsten Jahr wird das Expansionstempo in den USA wieder zunehmen und das BIP um gut 3 % steigen. Weil sich die Teuerung abschwächt, kann die Fed die Leitzinsen senken. Das regt insbesondere die Unternehmensinvestitionen an. Der Arbeitsmarkt wird in einer robusten Verfassung bleiben. Von der Finanzpolitik sind indes keine positiven Impulse für die Nachfrage zu erwarten: Das Defizit des Bundeshaushalts wird im Fiskaljahr 2008 in Relation zum BIP bei 1,7 % verharren. Das Leistungsbilanzdefizit wird sich auf dem hohen Niveau von etwa 6,0 % des BIP halten (Tabelle 1).¹

Weiter zügige Expansion in Japan

Nachdem die japanische Wirtschaft schon zum Ende des vergangenen Jahres kräftig expandierte, hat sich das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu Beginn dieses Jahres sogar noch verstärkt; gegenüber dem letzten Quartal 2006 betrug der Anstieg 0,8 %. Wie schon zuvor wurde die Expansion vor allem von den Exporten und den Investitionen getrieben; der private Verbrauch belebt sich dagegen nur zögerlich.

Geldpolitik und Finanzpolitik sind weiter akkommodierend ausgerichtet. Der Leitzins ist mit 0,5 % im internationalen Vergleich noch äußerst niedrig und dürfte im Jahresverlauf leicht erhöht werden. Jedoch liegt auch die Preissteigerungsrate nur knapp über Null. Aufgrund der stärker als erwartet

¹ Siehe den Kasten „Bedrohliche Ausmaße der weltweiten Ungleichgewichte“. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2007/2008, Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 1/2007, 2.

steigenden Steuereinnahmen und Ausgabenkürzungen im laufenden Budget sinkt die Neuverschuldung. Erstmals seit vielen Jahren dürfte das laufende gesamtstaatliche Defizit in Relation zum BIP wieder unter 4 % liegen. Allerdings stellt der Schuldenstand von über 170 % des BIP nach wie vor ein großes Problem dar.

Im Prognosezeitraum wird sich das Wirtschaftswachstum in annähernd gleichem Tempo wie 2006 fortsetzen. Der damit verbundene Beschäftigungsanstieg wird sich auch in einer Belebung des privaten Konsums niederschlagen. Die Teuerung bleibt sehr gering.

Unverändert starkes Wachstum in China

In China hat sich die wirtschaftliche Expansion Anfang des Jahres nochmals beschleunigt. Getrieben vor allem von den Ausfuhren expandierte die Wirtschaft im ersten Quartal 2007 mit einer Jahresrate von 13,2 %. Dabei nahmen die Exporte um rund 26 % zu. Die Investitionen stiegen trotz der von der Regierung ergriffenen dämpfenden Maßnahmen erneut rasant an, und die Expansion der Industrieproduktion hat sich beschleunigt. Die Inflationsrate ist im bisherigen Verlauf dieses Jahres deutlich gestiegen – im Mai lag sie bei 3,4 % gegenüber 2,2 % im Januar. Allerdings ist dies vor allem auf die weltweit spürbar gestiegenen Nahrungsmittelpreise zurückzuführen, die nicht zuletzt wegen der verstärkten Nachfrage aus China kletterten. Eine nachhaltige Beschleunigung der Inflation ist allerdings nicht zu erwarten.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in ausgewählten Wirtschaftsregionen

	Gewichte (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						2006	2007	2008
		2006	2007	2008	2006	2007	2008			
Außereuropäische Industrieländer										
USA	38,7	3,3	2,2	3,1	3,2	2,7	2,4	4,6	4,6	4,6
Japan	12,8	2,2	2,4	2,2	0,3	0,0	0,2	4,1	3,8	3,7
Kanada	3,7	2,7	2,2	2,8	2,0	1,8	2,2	6,3	6,6	6,5
West- und Mitteleuropa ¹	44,7	3,0	2,8	2,5	2,2	2,0	2,0	7,7	7,1	6,7
Ausgewählte Industrieländer ²	100,0	3,0	2,5	2,7	2,3	2,0	2,0	6,1	5,8	5,6
<i>Nachrichtlich:</i>										
Russland		6,7	6,2	5,7	9,5	7,9	6,9	7,2	7,0	6,8
China und Hongkong		10,7	10,2	10,0	-	-	-	-	-	-
Indien		9,2	8,3	8,5	-	-	-	-	-	-
Ostasien ohne China und Indien		5,6	4,9	5,1	-	-	-	-	-	-

¹ Summe aus EU-27, Schweiz, Norwegen und Island. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2006 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2006.

² Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2006 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2006.

Um Überhitzungsgefahren zu begegnen, hat die Regierung im Mai die Leitzinsen nochmals leicht erhöht und weitere administrative Maßnahmen ergriffen. So sollen ab dem 1. Juli Exportsubventionen gekürzt werden, und ab Januar 2008 soll ein neues Einkommensteuergesetz für Unternehmen in Kraft treten, das die Streichung zahlreicher Vergünstigungen vorsieht.

Trotz auch dieser Bemühungen, eine deutliche Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung durchzusetzen, dürfte das Expansionstempo in China sehr hoch bleiben. Dabei werden die Investitionen – nicht zuletzt aufgrund der hohen Unternehmensgewinne und der nach wie vor relativ niedrigen Zinsen – kaum an Schwung verlieren. Die Exporte dürften dank guter Verfassung der Weltwirtschaft auch weiterhin kräftig expandieren, und der Konsum wird trotz zu erwartender moderater Zinserhöhungen robust bleiben. Für dieses und das kommende Jahr ist ein Zuwachs des realen BIP von gut 10% zu erwarten.

Leichte Abschwächung in Indien

Unter den übrigen größeren asiatischen Schwellenländern weist Indien die höchste wirtschaftliche Dynamik auf. Die Wirtschaft des Landes wuchs im vergangenen Fiskaljahr, das im März 2007 endete, um 9,2% – dies ist der stärkste Zuwachs seit über einem Jahrzehnt. Die Auftriebskräfte kamen fast ausschließlich von der Binnennachfrage. Auch die Exporte nahmen erneut stark zu; da aber die Importe ebenfalls rasch stiegen, fiel der Außenbeitrag nur gering aus.

Mit der guten wirtschaftlichen Entwicklung in Indien geht allerdings eine starke Beschleunigung des Preisauftriebs einher. So lag die Inflationsrate im vergangenen Jahr bei über 6%. Um der Inflation entgegenzuwirken, hat die indische Notenbank ihre Geldpolitik spürbar gestrafft. Allerdings haben die mehrfachen Zinserhöhungen der letzten Monate den Inflationsdruck kaum mindern können; zuletzt lag der Preisanstieg noch bei über 7%. Aufgrund der andauernden Überhitzungsgefahr ist anzunehmen, dass die Notenbank die Zinsen 2007 noch weiter anheben wird. Zudem hat sie seit März dieses Jahres auf Devisenmarktinterventionen verzichtet und eine Aufwertung der indischen Rupie gegenüber dem US-Dollar und dem Euro zugelassen. Auch dies dürfte der Inflation entgegenwirken, wodurch die Importpreise gedämpft werden.

Vor dem Hintergrund steigender Zinsen und einer Aufwertung der heimischen Währung wird sich zwar die wirtschaftliche Dynamik in Indien etwas verlangsamen, allerdings bleibt das Expansionstempo hoch. Im Fiskaljahr 2007/2008 ist mit ei-

nem Wachstum des BIP von 8,3% zu rechnen; im weiteren Verlauf des kommenden Jahres dürfte die Produktion mit ähnlichen Raten steigen.

Dynamik in Russland weiter von Binnennachfrage geprägt

Mit 6,7% war der Anstieg der Wirtschaftsleistung in Russland im vergangenen Jahr sehr kräftig. Entscheidend hierfür war die Entwicklung der Binnennachfrage. In den ersten Monaten des laufenden Jahres hat die inländische Nachfrage nochmals kräftig angezogen. Bei hohem Investitionsbedarf und kräftig sprudelnden Gewinnen haben die Anlageinvestitionen deutlich, um knapp 14%, zugelegt. Die hohen Lohnsteigerungen im Laufe des vergangenen Jahres führten auch im ersten Quartal dieses Jahres zu einer kräftigen Ausweitung des privaten Konsums (9%), während der Ausfuhrüberschuss weiter zurückging.

Der Anstieg der Konsumentenpreise hat sich weiter abgeschwächt. Mit rund 8% dürfte die Inflationsrate in diesem Jahr etwa den Zielen der Zentralbank entsprechen.

Im Prognosezeitraum wird sich das Wirtschaftswachstum nur leicht verlangsamen. Die Entwicklung wird durch einen weiterhin dynamischen Konsum und eine erneute Ausweitung der Anlageinvestitionen bei sehr günstiger Ertragslage der Unternehmen gestützt, zumal die Weltmarktpreise für Öl und andere Rohstoffe hoch bleiben. Die Reallohnzuwächse werden weiterhin kräftig sein. Vor diesem Hintergrund wird die Zunahme des realen BIP in diesem und im nächsten Jahr bei Raten um 6% liegen. Die hohe Arbeitslosigkeit dürfte dabei etwas sinken.

Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union

Euroraum: Verbesserung der Arbeitsmarktlage bei andauernd gutem Wirtschaftswachstum

Die Wirtschaft im Euroraum ging mit beträchtlichem Schwung in dieses Jahr. Bereits 2006 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Eurozone um 2,8%, ein Wachstum, das schon seit dem Jahr 2000 nicht mehr erreicht worden war. Auch wenn in Deutschland wegen der Steuererhöhung und der damit verbundenen Vorzieh- und anschließenden Ausfalleffekte das erste Quartal schwächer ausfiel, so setzt sich in der Eurozone insgesamt doch das kräftige Wachstum in der Grundtendenz fort. Dabei dürfte das Produktionspotential, das jährlich um etwa 2% ausgeweitet wird, zum ersten Mal seit Jahren wieder annähernd ausgelastet sein (Tabelle 2).

Tabelle 2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern

	Gewichte in %		Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ² in %		
	BIP	Deutsche Ausfuhr	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
			2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008
Deutschland	19,9	–	2,8	2,6	2,5	1,8	2,0	1,8	8,4	6,9	6,0
Frankreich	15,4	15,2	2,0	2,0	1,9	1,9	1,4	1,5	9,4	8,4	8,2
Italien	12,8	10,6	1,9	1,8	1,8	2,2	1,9	2,0	6,8	6,5	6,3
Spanien	8,4	7,4	3,9	3,6	3,0	3,6	2,5	2,7	8,6	8,2	8,0
Niederlande	4,6	9,8	2,9	2,7	2,6	1,7	1,4	1,8	3,9	3,7	3,0
Belgien	2,7	8,7	3,2	2,5	2,4	2,3	1,7	1,7	8,2	8,0	7,8
Österreich	2,2	8,6	3,1	2,8	2,5	1,7	1,5	1,7	4,8	4,7	4,7
Griechenland	2,1	1,3	4,3	3,6	3,6	3,3	3,0	3,0	8,9	8,5	8,4
Finnland	1,5	1,6	5,5	3,0	3,0	1,3	1,6	1,6	7,8	7,4	7,2
Irland	1,5	1,0	6,0	5,4	4,0	2,7	2,6	2,7	4,4	4,3	4,5
Portugal	1,3	1,3	1,3	1,8	2,0	3,0	2,0	2,2	7,7	7,6	7,0
Slowenien	0,3	0,6	5,2	4,8	4,5	2,5	2,4	2,2	5,9	5,9	5,9
Luxemburg	0,3	0,8	6,2	5,0	5,0	3,0	2,0	2,2	4,7	4,7	4,5
Euroraum³	73,0	–	2,7	2,6	2,4	2,2	1,9	1,9	7,9	7,1	6,7
Euroraum ohne Deutschland	53,0	–	2,8	2,5	2,4	2,3	1,8	2,0	7,6	7,2	6,9
Euroraum ohne Deutschland ⁴	–	66,9	2,9	2,6	2,4	2,2	1,7	1,9	–	–	–
Großbritannien	16,3	11,5	2,8	2,6	2,3	2,3	2,5	2,2	5,3	5,4	5,3
Schweden	2,7	3,3	4,2	3,7	3,0	1,5	1,8	2,0	7,0	6,5	5,7
Dänemark	1,9	2,5	3,2	2,2	1,8	1,8	2,2	2,5	3,9	3,4	3,3
EU 16³	93,9	–	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0	2,0	7,4	6,7	6,4
Polen	2,3	5,1	5,8	5,5	4,7	1,3	2,2	2,3	13,8	12,5	11,0
Tschechien	1,0	3,9	6,1	5,2	4,9	2,1	2,4	2,8	7,2	6,8	6,6
Ungarn	0,8	2,8	4,0	2,5	3,1	4,0	7,0	3,8	7,5	7,7	7,5
Rumänien	0,8	1,3	7,7	6,5	6,2	6,6	5,1	4,5	7,3	7,0	6,9
Slowakei	0,4	1,3	8,3	8,0	7,1	4,3	2,9	2,5	13,4	11,5	10,0
Bulgarien	0,2	0,4	6,1	6,1	5,9	7,4	5,4	4,5	9,0	8,1	7,4
Litauen	0,2	0,4	7,5	6,9	6,2	3,8	4,1	3,6	5,6	5,1	4,9
Zypern	0,1	0,1	3,8	3,8	3,9	2,3	2,0	2,0	4,7	5,3	4,9
Lettland	0,1	0,2	11,9	9,2	7,9	6,6	6,3	5,4	6,8	6,2	5,7
Estland	0,1	0,2	11,4	8,9	7,9	4,5	4,6	4,5	5,9	4,5	3,8
Malta	0,0	0,1	2,9	2,2	2,4	2,6	2,3	2,4	7,3	7,0	6,9
Neue EU-Mitgliedsländer³	6,1	–	6,3	5,5	5,1	3,2	3,6	3,1	9,9	9,2	8,4
EU 27³	100,0	–	3,0	2,8	2,5	2,3	2,1	2,1	7,9	7,2	6,8
<i>Nachrichtlich:</i>											
Insgesamt, exportgewichtet ⁴		100,0	3,4	3,0	2,8	2,3	2,1	2,1	–	–	–

1 Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

2 Standardisiert.

3 Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2006 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2006.

4 Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2006.

Quellen: OECD; Eurostat; Nationalstatistiken und Berechnungen des DIW Berlin; 2007 und 2008: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Bei dem kräftigen und andauernden Wirtschaftswachstum hat sich die Lage am Arbeitsmarkt teilweise deutlich entspannt; dies gilt insbesondere für Deutschland. Im Euroraum insgesamt ging die Arbeitslosenquote von 8,6% im Jahr 2005 auf 7,9% im vergangenen Jahr zurück. In diesem und im nächsten Jahr ist eine weitere Reduzierung auf 7,1% bzw. 6,7% zu erwarten. Stärker noch als der Rückgang der Arbeitslosigkeit war der Anstieg der Beschäftigung; die Erwerbsbeteiligung hat zugenommen. In einigen Ländern kam es zu einem deutlichen Anstieg der Überstunden; zudem mangelt es stellenweise schon an Fachkräften.

Während der private Konsum, der sich in den letzten Jahren eher schwach entwickelte, nunmehr kräftiger steigt, dürfte sich der außerordentlich

hohe Exportanstieg des letzten Jahres nicht mehr ganz so dynamisch fortsetzen. Die Unternehmensinvestitionen expandieren zumeist weiter kräftig, während die Wohnungsbauinvestitionen infolge höherer Zinsen und Baupreise allmählich an Dynamik verlieren.

Mit der höheren Kapazitätsauslastung insbesondere in der Industrie geht eine beschleunigte Nachfrage nach Investitionsgütern einher. Für sich genommen führt dies zu einem erhöhten Preisdruck. Allerdings ist im Unterschied zur Entwicklung in den Vorjahren der Preisanstieg bei den dauerhaften Konsum- und Investitionsgütern mit rund 2% und bei den nicht dauerhaften Gütern mit rund 1,5% moderat geblieben. Dazu haben der zunehmende internationale Wettbewerb wie auch die über mehrere Monate zu-

rückgegangenen Energiepreise beigetragen. Zwar hat sich der Lohnanstieg insgesamt – und nach längerer Zurückhaltung auch in Deutschland – beschleunigt, er blieb aber im Vergleich zu früheren Aufschwungsperioden mäßig. Wegen des Nachwirkens der geringeren Energiepreisanhebungen im letzten Jahr wird der Preisanstieg insgesamt trotz der deutschen Mehrwertsteuererhöhung im Durchschnitt dieses und nächstes Jahr leicht unter 2% liegen.

Im Jahresdurchschnitt 2007 wird das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Euroraum mit 2,6% etwas höher als das Wachstum des Produktionspotentials ausfallen. In der Spitzengruppe befindet sich u.a. Spanien, wobei die Entwicklung dort eine Reihe von Risikofaktoren aufweist (Kasten 1). Auch wegen der Schwächetendenzen im Wohnungsbau in einigen Ländern dürfte das Wachstumstempo mit 2,4% 2008 leicht geringer sein als in diesem Jahr. Das Arbeitsvolumen wird nicht mehr ganz so rasch zunehmen wie seit 2006.

In fast allen Euroländern kommt es 2007/2008 zu einer weiteren Verbesserung der Budgetsituation. Dies ist insbesondere der anhaltend guten konjunkturellen Lage im Euroraum zu verdanken. Das aggregierte Defizit der öffentlichen Haushalte in Relation zum BIP dürfte von knapp 2% im vergangenen Jahr in diesem Jahr deutlich fallen und im Verlauf des kommenden Jahres unter einem Prozent liegen. Dabei macht sich insbesondere die rasche Rückführung der Defizite in den öffentlichen Haushalten Deutschlands bemerkbar. Hier wird es schon 2007 zu einem Budgetausgleich und 2008 sogar zu einem leichten konjunkturellen Überschuss kommen. Mit Ausnahme von Portugal werden alle Euroländer 2008 die Maastricht-Kriterien wieder einhalten. Allerdings ist es bei guter Konjunktur auch erforderlich, Defizite abzubauen und sogar Überschüsse zu erzielen, um bei einer späteren Abschwächung des Wirtschaftswachstums ausreichend vorbereitet zu sein. Strukturelle Haushaltsüberschüsse gibt es bisher lediglich in Finnland und Spanien.

Nur leicht gebremstes Wachstum in Großbritannien

Nach einem Wirtschaftswachstum von 2,8% im vergangenen Jahr hat sich die Zunahme des BIP im ersten Halbjahr 2007 auf rund 2% verlangsamt. Eine leichte Abschwächung ist beim Wachstum aller Verwendungskomponenten festzustellen. Die Erhöhung der Leitzinsen durch die Bank of England als Folge eines als zu hoch angesehenen Preisanstiegs von 2,5% (Jahresrate) und geringere fiskalische Wachstumsimpulse als in den Vorjahren, aber auch die Aufwertung des Pfundes trugen zu dieser Abschwächung bei. Damit liegt der Produktionsanstieg

in Großbritannien zum ersten Mal seit Jahren leicht unter dem des Euroraumes.

Die leichte Abschwächung der Konjunktur wie auch die Aufwertung wirken tendenziell preisdämpfend, sodass die Bank of England im Prognosezeitraum den Leitzins kaum noch erhöhen dürfte. Die Finanzpolitik ist gegenwärtig weitgehend neutral ausgerichtet. Bei dem hohen Wachstum im vergangenen Jahr war die Defizitquote leicht, auf 2,8%, zurückgegangen. Der aktuelle Haushaltsentwurf sieht nur einen geringen Anstieg des Staatsverbrauchs vor. Dabei soll die Defizitquote bis zum Ende des nächsten Jahres um mindestens einen Prozentpunkt sinken.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sich das Wirtschaftswachstum auch wegen des relativ günstigen weltwirtschaftlichen Umfelds etwa im bisherigen Tempo fortsetzen. Auch wenn die Wertsteigerungen auf den Immobilienmärkten deutlich nachgelassen haben und der private Verbrauch von dieser Seite her nur noch wenig stimuliert wird, sorgen doch die günstige Entwicklung der privaten Einkommen und der weiterhin leichte Anstieg der Beschäftigung für eine relativ stabile Entwicklung des privaten Konsums. Bei hoher Kapazitätsauslastung werden auch die Unternehmensinvestitionen weiter kräftig ausgeweitet.

Insgesamt wird sich der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion leicht abschwächen, von 2,8% im vergangenen Jahr auf etwa 2,6% in diesem und 2,3% im nächsten Jahr.

Anhaltend gute Konjunktur in den neuen EU-Mitgliedsländern

Nach der Beschleunigung der konjunkturellen Dynamik im vergangenen Jahr hat sich der kräftige Produktionsanstieg in diesem Jahr in nur wenig schwächerem Tempo fortgesetzt. Besonders kraftvoll war die Entwicklung der Konjunktur in den baltischen Ländern und in der Slowakei, während das Wachstum in Malta, Zypern und Ungarn – hier vor allem wegen der restriktiven Fiskalpolitik – zwar hoch, aber unterdurchschnittlich ausfiel. Zu einer guten Investitionsentwicklung trugen in einigen Ländern – so insbesondere in Polen – Mittelzuflüsse aus EU-Fonds bei. Mit Bulgarien und Rumänien sind zu Beginn dieses Jahres zwei neue Länder der EU beigetreten, die ebenfalls eine hohe Wachstumsdynamik aufweisen.

Insgesamt haben sich die Wachstumskräfte in den neuen Mitgliedsländern zunehmend auf die Binnennachfrage verlagert. Dabei kam es teilweise bereits zu Kapazitätsengpässen, so in den baltischen Ländern. Mit zunehmender Beschäftigung und einem in mehreren Mitgliedstaaten etwas stärkerem

Kasten 1

Trägt das spanische Wachstumsmodell weiter?

Das Wachstum war in Spanien in den letzten Jahren deutlich kräftiger als im Euroraum insgesamt. Dabei gelang es, die früher extrem hohe Arbeitslosenquote Spaniens innerhalb eines Jahrzehnts um rund 10 Prozentpunkte auf rund 8 % zu drücken und die Bruttoschuldenquote des Staates von deutlich über 60 %, dem Maastricht-Kriterium, auf zuletzt unter 40 % zu senken.

Allerdings weist das spanische Erfolgsmodell eine Reihe von Schwachpunkten auf:

- eine schwache Produktivitätsentwicklung, verbunden mit stark steigenden Lohnstückkosten,
- Schwächen bei Forschung und Entwicklung,
- außenwirtschaftliche Defizite von fast 10 % des BIP,
- eine zunehmende Verschuldung der privaten Haushalte.

Getragen wird das Wirtschaftswachstum vor allem von Sektoren (Bauwirtschaft, Tourismus), die dem internationalen Wettbewerb nur wenig ausgesetzt sind. Von diesen Bereichen wird auch ein Großteil der hohen Immigration absorbiert, wobei die durchschnittliche Qualifikation der Beschäftigung insgesamt sinkt. Niedrige Realzinsen aufgrund der Mitgliedschaft im Europäischen Währungssystem bei relativ hohem Preis- und Lohnanstieg haben die Immobiliennachfrage verstärkt. Immer deutlicher zeichnet sich allerdings eine Dämpfung der Entwicklung ab. Ein Rückgang der Immobilienpreise, so wird befürchtet, könnte bei einem Anstieg der realen Zinsen viele private Haushalte in große Schwierigkeiten bringen. Gleichzeitig hat sich mit dem kräftigen Anstieg der Lohnstückkosten in allen Bereichen der Wirtschaft die internationale Wettbewerbsfähigkeit spürbar verschlechtert, wie in der Entwicklung der Leistungsbilanz zum Ausdruck kommt.

Für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung stellen sich damit vor allem drei Fragen:

1. Gelingt die notwendige Produktivitätssteigerung?

Bei der gegebenen schwachen Produktivitätsentwicklung ist die Beibehaltung der sehr liberalen Zuwanderungspraxis eine wichtige Voraussetzung, um das hohe Wirtschaftswachstum aufrecht zu erhalten. Anderenfalls könnte sich Spanien rasch vom dynamischen Wachstumsstaat zur Krisenvolkswirtschaft wandeln.

Einem solchen negativen Szenario stehen jedoch positive Entwicklungen gegenüber: Hierzu gehört insbesondere der in den letzten Jahren deutlich gestiegene Budgetüberschuss (im vergangenen Jahr 1,8 % in Relation zum BIP) und der damit bestehende Spielraum im Bereich

der öffentlichen Finanzen. Der Regierung ist bewusst geworden, dass sie dringend etwas gegen die schwache Produktivitätsentwicklung unternehmen muss, um das spanische Wohlfahrtsniveau pro Kopf auf Dauer zu gewährleisten. Im Rahmen eines 2006 vorgestellten Programms¹ sollen neben der Verbesserung der Infrastruktur und einer deutlichen Ausweitung der Ausgaben für das Bildungswesen auch Forschung und Entwicklung gestärkt, das vorhandene Erwerbspersonenpotential stärker genutzt und die Möglichkeiten zur Unternehmensgründung verbessert werden.

2. Kann im Immobiliensektor eine weiche Landung gelingen?

Die hohe Wachstumsrate der Pro-Kopf-Einkommen, der niedrige Realzinssatz und die starke Expansion der Kredite haben zu einem für viele Jahre sehr raschen Anstieg der Immobilienpreise in Spanien geführt (Kasten 3). Allerdings hat sich in den letzten zwei Jahren die Zunahme des realen verfügbaren Einkommens verlangsamt, und der reale langfristige Zinssatz ist gestiegen.² Nach Schätzungen der Asociación de Promotores Inmobiliarios de Madrid (Asprima) werden bei abnehmender Nachfrage die nominalen Immobilienpreise in diesem Jahr nur noch um 3 % steigen und im nächsten Jahr sogar leicht zurückgehen. Diese Entwicklung könnte zu einer Überschuldung vieler privater Haushalte führen, die negative Konsequenzen für die Gesamtwirtschaft hätte. Zwar ist in Großbritannien, Australien und den USA eine weiche Landung bei der Preisentwicklung gelungen. Es bleibt aber abzuwarten, ob dies auch in Spanien der Fall sein wird.

3. Ist das hohe Leistungsbilanzdefizit auf Dauer finanzierbar?

Das Defizit in der Leistungsbilanz Spaniens hat sich in den letzten Jahren rasch erhöht. Vor dem Beitritt zur Eurozone wäre eine solche Entwicklung kaum lange haltbar gewesen: Der Druck in Richtung Abwertung hätte schnell zugenommen, die schwache Produktivitätsentwicklung hätte schon bald den Wohlstand des Landes gefährdet, und bei einer raschen Erhöhung des Zinsniveaus hätte sich der Schuldendruck insbesondere bei den privaten Haushalten im Bereich der Immobiliendarlehen schnell zugespitzt. In der Eurozone ist ein solcher Druck

¹ Vgl. Ixis, Recherche Économique, No 2006 – 253.

² Oft wird der im Hinblick auf die spanische Wachstums- und Preisentwicklung relativ niedrige Leitzins der Europäischen Zentralbank für die niedrigen und lange sogar negativen realen Zinsen in Spanien und die damit verbundenen Überhitzungserscheinungen im Immobiliensektor verantwortlich gemacht. Jedoch hätte es der spanischen Zentralbank offen gestanden, einer solchen Entwicklung etwa durch eine Senkung der Beleihungsgrenzen für Immobilien entgegenzuwirken.

allerdings kaum gegeben. Solange eine ausreichende Mobilität der Produktionsfaktoren bestehen bleibt, birgt die Spezialisierung Spaniens auf weniger produktive Bereiche ähnlich wie von entsprechenden Regionen

innerhalb anderer großer Länder – etwa Florida in den USA – zumindest aus außenwirtschaftlicher Sicht kein fundamentales Problem.

Reallohnanstieg nahm der Verbrauch der privaten Haushalte vielfach spürbar zu. Mit der hohen Wachstumsdynamik in der Mehrzahl der Länder geht eine Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt einher; die Arbeitslosenquote ging in fast allen Ländern zurück.

Die Preise steigen gerade in den größeren Ländern Polen, Tschechien und Ungarn – auch als Folge der Anhebung indirekter Steuern – spürbar kräftiger als in der EU insgesamt oder gar im Euroraum. Tatsächlich sind im Aufholprozess der neuen Mitgliedsländer temporär höhere Preissteigerungen zu erwarten. Diese ergeben sich unter anderem aus dem Abbau von Preisregulierungen, aus Qualitätsverbesserungen und Reputationsgewinnen von im Inland erzeugten Gütern.

Insgesamt wird sich die Konjunktur im Prognosezeitraum nur leicht abschwächen; der Anstieg des BIP geht dabei von durchschnittlich 6,3 % im vergangenen Jahr auf 5 % in diesem und im nächsten Jahr zurück. Die Arbeitslosenquote dürfte weiter leicht fallen (Kasten 2).

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland hält an, wenngleich sich das Wachstumstempo etwas vermindert. Das reale BIP dürfte im laufenden Jahr um 2,6 % und 2008 um 2,5 % wachsen. Bereinigt um die unterschiedliche Anzahl der Arbeitstage ergeben sich Jahresraten von 2,7 % für 2007 und 2,2 % für 2008 (Tabelle 3, Abbildung 1).^{2,3}

Die sich seit dem vergangenen Jahr festigende binnenwirtschaftliche Erholung setzt sich fort. Nachdem zuvor über Jahre hinweg nennenswerte Impulse hauptsächlich vom Außenhandel herrührten, lag 2006 der Wachstumsbeitrag der inländischen Verwendung erstmals wieder höher als der des Au-

ßenbeitrags (Tabelle 4). Der Anteil der Binnenkomponenten am BIP-Wachstum dürfte 2007 bereits gut 80 % betragen und 2008 noch etwas höher liegen. Während der Wachstumsbeitrag des Außenhandels in diesem Jahr geringer ausfallen wird, sorgt insbesondere die Investitionsnachfrage erneut für binnenwirtschaftliche Impulse. Im nächsten Jahr wird die Konsumnachfrage der privaten Haushalte diese Rolle übernehmen. Von Seiten der öffentlichen Hand kommt dagegen im Zuge der fortgesetzten Konsolidierung der Staatshaushalte in beiden Jahren nur ein geringer Beitrag (zu den dieser Prognose zugrunde liegenden Annahmen siehe Kasten 3).

Investitionen bleiben 2007 Konjunkturlokomotive

Die Investitionstätigkeit bleibt nach 2006 auch im laufenden Jahr die wichtigste Stütze der Konjunktur. Die Anlageinvestitionen werden 2007 voraussichtlich um rund 7 % zunehmen; das größte Plus wird mit reichlich 9 % bei den Ausrüstungsinvestitionen zu verzeichnen sein. Hier machen sich insbesondere zunehmend ausgelastete Kapazitäten, der aufgestaute Modernisierungsbedarf der vergangenen Jahre sowie eine weiterhin kräftige Exportnachfrage bemerkbar. Auch die Bauinvestitionen legen weiter zu: Die Wachstumsrate wird in diesem Jahr mit 4,7 % jene des Vorjahres (4,3 %) übertreffen, obwohl der Wohnungsbau durch das Auslaufen der Eigenheimzulage und die gestiegene Mehrwertsteuer gebremst wird. Stark wächst dagegen der Wirtschaftsbau. Bei der Wachstumsrate für 2007 kommt ein relativ hoher statistischer Überhang zum Tragen. Insgesamt scheint die langjährige Schrumpfungphase in der Bauwirtschaft überwunden zu sein. Darauf deutet auch die derzeit rasante Entwicklung der Baupreise hin, die vornehmlich Ausdruck einer vermehrten Nachfrage ist.⁴ Diese trifft auf durch die jahrelange Schrumpfung verminderte Kapazitäten; daher hat die Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft zuletzt stark angezogen.

Für 2008 erwartet das DIW Berlin eine Verlangsamung der Investitionsdynamik. Einerseits führt das Auslaufen der degressiven Abschreibungen Ende 2007 im laufenden Jahr zu Vorzieheffekten.

² Bei der Wachstumsrate für 2007 ist der ungewöhnlich hohe Überhang aus 2006 zu beachten, der nicht zuletzt aus Vorzieheffekten im 4. Quartal des Vorjahres resultiert.

³ Wie bereits in den Grundlinien von Januar 2007 vermerkt, ist das DIW dazu übergegangen, in den Abbildungen kalenderbereinigte Jahreswachstumsraten auszuweisen. Diese korrespondieren zu den vierteljährlichen Wachstumsraten und ermöglichen es, das jährliche Wachstum der jeweiligen Aggregate unabhängig von der Anzahl der Arbeitstage zu beurteilen. Die Jahreswachstumsraten der Ursprungswerte finden sich wie gewohnt im Tabellenanhang zu den wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Aus Gründen der Vergleichbarkeit handelt es sich auch im laufenden Text, soweit nicht anders angegeben, um unbereinigte Zahlen.

⁴ Weitere Gründe für die anziehenden Baupreise sind in den zum Teil stark gestiegenen Baustoffpreisen sowie in Engpässen bei den verfügbaren Arbeitskräften zu suchen, vgl. hierzu ausführlich Bartholmai, B., Gornig, M.: Bauproduktion 2007: Fortgesetzte Expansion bei deutlich erhöhtem Preisniveau. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 27–28/2007.

Kasten 2

Die Immobilienpreisentwicklung in Deutschland im internationalen Vergleich**Immobilienmarktschwäche in Deutschland**

Während in vielen Ländern über das Auftreten und Platzen möglicher Immobilienblasen diskutiert wird, stellt sich in Deutschland die Frage nach den Gründen der seit Jahrzehnten schwachen Preisentwicklung auf den Immobilienmärkten, die lediglich durch den Wiedervereinigungsboom unterbrochen wurde. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sind die mit realen Immobilienpreisveränderungen verbundenen Vermögenseffekte insbesondere im Hinblick auf die private Konsumnachfrage interessant.

Für die Bundesrepublik findet sich in der Gemeinschaftsdiagnose des Frühjahrs 2007 eine Analyse des Bauinvestitionsvolumens. In Ergänzung hierzu wird im Folgenden die in diesem Zusammenhang relevante Immobilienpreisentwicklung näher untersucht. Hierzu wird zunächst anhand einiger aktueller Forschungsergebnisse der Einfluss typischer Variablen für die Immobilienpreisentwicklung gezeigt. Anschließend werden neben den Ergebnissen einer ökonometrischen Untersuchung einige wesentliche Charakteristika internationaler Immobilienmärkte präsentiert.

Aktuelle Forschungsergebnisse

Girouard et al. (2006)¹ zeigen anhand eines Überblicks über aktuelle Studien, dass insbesondere drei Variablen wesentlich für die Entwicklung von Immobilienpreisen sind, wobei die theoretisch zu erwartende Wirkung empirisch bestätigt wird. Erstens der vorhandene Immobilienbestand als Angebotsgröße; Ausweitungen des Angebotes führen hier zu Preissenkungen. Auf der Nachfrageseite führt ein Anstieg des realen verfügbaren Einkommens dazu, dass die Haushalte mehr und besseren Wohnraum nachfragen sowie bisher nicht finanzierbare Bauvorhaben realisieren, was tendenziell zu positivem Preisdruck führt. Auf der Finanzierungsseite schließlich hat der reale Zinssatz einen negativen Effekt auf die Preise, da ein Anstieg des realen Zinssatzes die Finanzierung verteuert.

Allerdings beschäftigen sich lediglich drei der untersuchten Studien mit Deutschland: Tsatsaronis und Zhu (2004), Terrones und Otrok (2004) sowie Annett (2005). Die erstgenannten Autoren² teilen ihr Panel anhand institutioneller Charakteristika der Immobilienmärkte in drei Ländergruppen ein und geben an, wie stark einzelne

Variablen zur Veränderung der Immobilienpreise beitragen. Es werden jedoch nicht die separaten Ergebnisse für Deutschland ausgewiesen, sondern nur die Durchschnittswerte für die drei Gruppen. Als erklärende Variablen werden das BIP, Bankkredite, kurzfristiger Zins, Zinsspread und Inflation verwendet.

Terrones und Otrok (2004)³ schätzen ein Panelmodell für 18 Länder und finden für die gesamte Gruppe einen starken positiven Einfluss des realen verfügbaren Einkommens sowie einen negativen Effekt des realen kurzfristigen Zinssatzes. Daneben stellen sie einen signifikanten und positiven Einfluss des Bevölkerungswachstums, des Kreditwachstums und der Aktienkurse fest.

Einzig Annett (2005)⁴ liefert für die Bundesrepublik länderspezifische Schätzergebnisse für die kurzfristige Dynamik sowie mittels eines 8 Länder umfassenden Panels restringierte lang- und kurzfristige Koeffizienten, die für alle Länder gleich sind. Der Einfluss des realen langfristigen Zinssatzes ist für die meisten Länder signifikant und negativ, wohingegen in Deutschland weder der reale Kreditbestand noch die reale Geldmenge einen statistisch gesicherten Einfluss auf die kurzfristige Preisentwicklung haben. Dagegen ist in der Bundesrepublik im Unterschied zu den meisten anderen Ländern auch in der kurzen Frist der Effekt des realen verfügbaren Einkommens signifikant. Für das Panel insgesamt werden sowohl für das reale Einkommen als auch für den realen Zins und den Kredit bzw. die Geldmenge langfristig signifikante Einflüsse gefunden, nicht jedoch für demographische Variablen.

Stilisierte Fakten

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung realer Immobilienpreise für ausgewählte OECD-Länder, wobei sich die Länderauswahl aus der Verfügbarkeit geeigneter nominaler Immobilienpreisindizes ergibt. Die Daten stammen aus einem Datensatz der *Bank for International Settlements (BIS)*, der überwiegend auf kommerziellen Quellen beruht. Es werden zum Teil unterschiedliche Bemessungsgrundlagen und Wohnungskategorien zugrunde gelegt: Meist werden auf Basis regionaler Daten nationale Indizes berechnet, in die sowohl Wiederverkaufspreise als auch Kaufpreise neu erstellter Wohnungen eingehen. Die realen Immobilienpreise erhält man durch Deflationierung der nominalen Immobilienpreise mittels des Verbraucherpreisindex.

¹ Girouard N., Kennedy M., Van den Noord P., André C.: Recent house price developments: the role of fundamentals, OECD working paper No. 475, 2006.

² Tsatsaronis K., Zhu H.: What drives housing price dynamics: Cross-country evidence, BIS Quarterly Review, 2004.

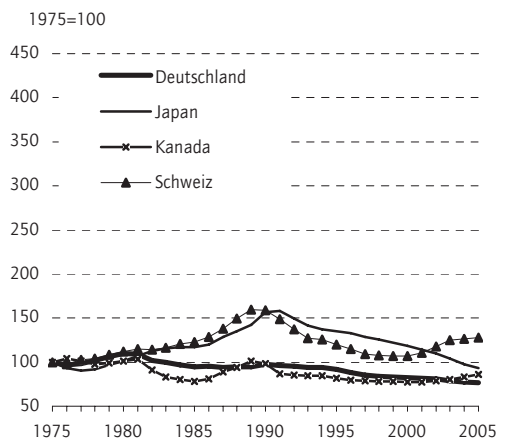
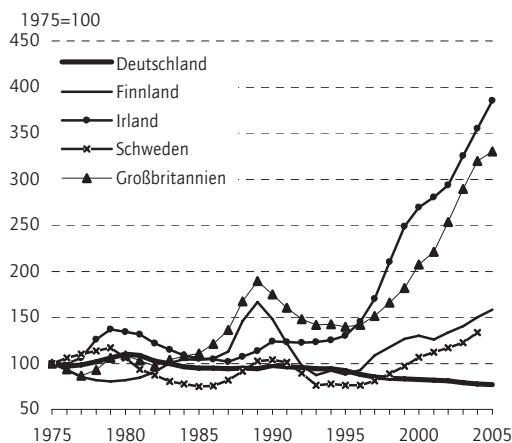
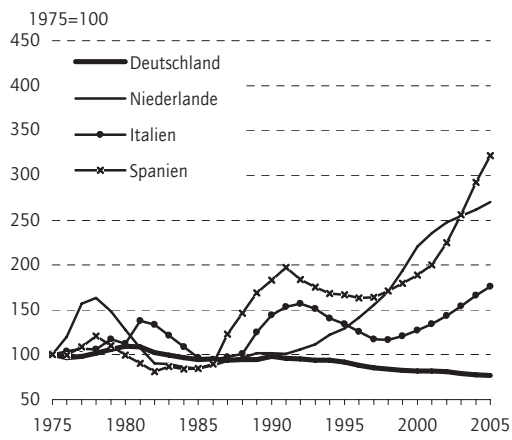
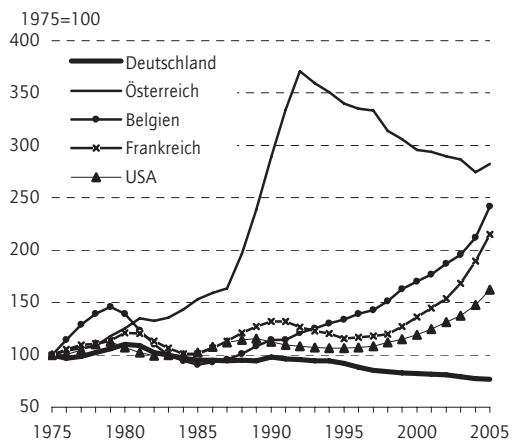
³ Terrones M., Otrok C.: The global house price boom, IMF World Economic Outlook, 2006.

⁴ Annett A.: Euro area policies. Selected issues. IMF country report, No. 05/266, 2005.

Abbildung 1

Reale Immobilienpreise 1975 bis 2005

Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex



Quellen: Bank for International Settlements.

DIW Berlin 2007

Betont werden muss jedoch auch, dass es „den“ Immobilienmarkt eigentlich gar nicht gibt: Unterschieden werden muss einerseits zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sowie zahlreichen regionalen Sonderfaktoren. Für Deutschland ist darüber hinaus die in den alten und neuen Bundesländern getrennt verlaufende Preisentwicklung relevant: Während die nominalen Preise nach dem Wiedervereinigungsboom in Westdeutschland stagnierten, gingen sie in Ostdeutschland deutlich zurück.⁵

Man erkennt deutlich die international außergewöhnliche Entwicklung in Deutschland: Während spätestens seit Anfang der 1980er Jahre in fast allen Ländern die Immobilienpreise deutlich steigen, ist die Entwicklung in Deutschland stagnierend bis fallend. Neben der Ausnahme Japan findet sich eine ähnlich stagnierende Entwicklung nur noch in Kanada und der Schweiz, wobei

sich auch in diesen beiden Ländern in jüngster Zeit ein Preisanstieg anzudeuten scheint.

In Abbildung 2 sind vier ausgewählte Länder nach ihren Rangplätzen in den erklärenden Variablen angeordnet (Tabelle 1). Irland hat sowohl den Rang 1 für das höchste Wachstum des realen verfügbaren Einkommens als auch für den niedrigsten Realzins. Man erkennt, dass Deutschland fast ausschließlich hintere Plätze einnimmt, insbesondere im Vergleich mit Irland und Spanien, in denen es zu einem starken Immobilienpreisanstieg gekommen ist.

In der Bundesrepublik war zum einen das durchschnittliche Wachstum sowohl des realen BIP als auch des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens relativ schwach, hinzu kamen ein vergleichsweise hohes Realzinsniveau sowie ein niedriges Bevölkerungswachstum. Daneben fallen ein geringes Wachstum der Stadtbevölkerung sowie ein langsamer Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße auf. Was die Angebotsseite betrifft, so

⁵ Milleker, D.: Deutsche Wohnimmobilien: Preissteigerungen stehen bevor, Allianz Dresdner Economic Research, Working paper Nr. 67, 2006.

Tabelle 1

Ausgewählte Charakteristika internationaler Immobilienmärkte, Durchschnitte 1975–2004

	AT	BE	CA	FI	FR	DE	IE	IT	JP	NL	ES	SE	CH	UK	US
Wachstum der realen Immobilienpreisen	3,78	3,19	-0,39	2,03	2,71	-0,85	4,87	2,25	-0,13	3,81	4,43	1,27	0,93	3,78	3,19
Wachstum des realen verfügbaren Einkommens pro Kopf	2,0	1,8	1,7	2,2	1,7	1,7	4,3	1,9	2,2	1,7	2,0	1,6	0,7	2,1	2,0
Wachstum des realen BIP	2,3	2,0	2,9	2,5	2,1	2,0	5,1	2,1	2,7	2,3	2,6	1,9	1,2	2,3	3,0
Realer langfristiger Zins, VPI	3,9	4,4	4,2	3,7	4,1	4,1	3,4	3,5	2,8	3,9	2,7	4,0	1,9	3,5	3,4
Realer langfristiger Zins, IPI	0,5	1,9	4,7	2,7	2,0	5,5	-0,9	1,9	3,3	0,6	-0,6	2,9	1,4	0,2	2,2
Reales Kreditwachstum	6,3	5,4	5,0	3,6	4,5	5,8	8,1	-0,2	6,9	7,3	1,8	3,0	6,4	5,3	2,9
Bevölkerungswachstum	0,2	0,2	1,1	0,4	0,5	0,2	0,9	0,2	0,5	0,6	0,6	0,3	0,5	0,2	1,1
Wachstum des Mietanteils des VPI, 2004 zu 1983 ¹	133,6	96,9	73,8	71,6	113,5	61,0	83,7	228,6	41,0	110,0	250,0	80,6	128,3	266,7	122,0
Wachstum der Stadtbevölkerung	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4	0,1	0,5	0,5	0,4	0,0	0,3	0,3	0,7
Veränderung der durchschnittlichen Haushaltsgröße	-0,6	-0,4	-0,8	-0,4	-0,3	-0,1	-0,8	-0,6	-0,8	-0,8	-0,3	-0,4	-0,1	-0,5	-0,5

¹ Für Österreich bis 2003.

Quellen: Internationale Statistiken.

DIW Berlin 2007

ging auch von dieser in der Bundesrepublik nur ein geringer Preisdruck aus: Von 1994 bis 2006 stiegen die Baukosten um rund 0,7 % im jährlichen Durchschnitt, wohingegen es in anderen Ländern zum Teil zu deutlichen Preisanstiegen kam: Nach Zahlen von Eurostat verzeichnete Frankreich für den selben Zeitraum einen durchschnittlichen Anstieg von 2,9 %, Spanien von rund 3,4 % und Großbritannien sogar von 7 %. Die geringe Zunahme der Baukosten in Deutschland ist das Resultat des Baubooms nach der Wiedervereini-

gung und der anschließenden Krise der Bauwirtschaft. Jedoch fand schon ab 2004 ein leichter Anstieg der Baukosten statt, der sich nach Prognosen des DIW⁶ in diesem Jahr deutlich verstärken dürfte.

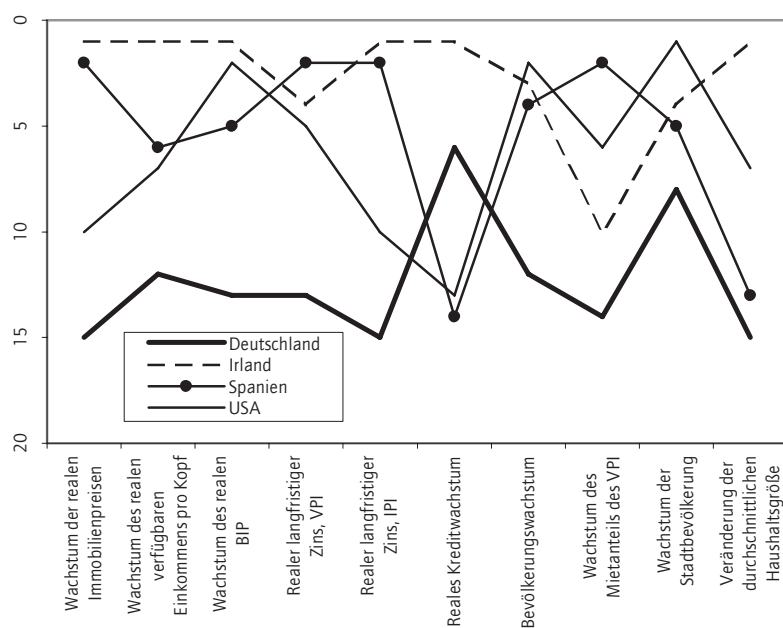
Neben den ökonomischen Faktoren spielen auch institutionelle Gegebenheiten der Immobilien- und Hypothekmärkte eine wichtige Rolle bei der Bestimmung der Immobilienpreise. Laut Sachverständigenrat (2006) zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung führt ein höheres Maß an Marktliberalisierung idealtypisch zu Preissteigerungen, da Haushalte und institutionelle Investoren verstärkt in Immobilien als Finanzanlage investieren. Deutschland gehört jedoch auch nach der Einführung der börsennotierten Immobilienfonds (REITs) im Jahre 2007 zu den Ländern mit dem höchsten Regulierungsgrad auf dem Immobiliensektor, insbesondere auch deshalb, weil Wohnimmobilien weiterhin besonderen Schutz genießen.⁷ Die geringen Mietsteigerungen in Deutschland könnten ein Grund dafür sein, dass der Anteil der Wohnungseigentümer in Deutschland relativ niedrig ist: Dieser betrug im Jahr 2006 rund 40 % gegenüber 80 % in Spanien und Irland.⁸

Schätzergebnisse

Für den Zeitraum von 1971 bis 2005 wurde ein Panel-Fehlerkorrekturmodell⁹ mit gemeinsamen langfristi-

Abbildung 2

Immobilienmarktcharakteristika: Internationale Position von Deutschland, Irland, Spanien und den USA



Quellen: Internationale Statistiken.

DIW Berlin 2007

⁶ Bartholmai, B., Gornig, M.: Bauproduktion 2007: Fortgesetzte Expansion bei deutlich erhöhtem Preisniveau, Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 27-28/2007.

⁷ Siehe Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage: Zur Gefahr von Immobilienpreisblasen, Jahresgutachten 2006/07, 2006.

⁸ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage: Zur Gefahr von Immobilienpreisblasen, Jahresgutachten 2006/07, 2006.

⁹ Siehe hierzu Pesaran H., Shin Y., Smith R.: Pooled Mean Group Estimation of Dynamic Heterogeneous Panels, *Journal of the American Statistical Association*, Vol. 94, 621–634, 1999.

gen Koeffizienten und länderspezifischen kurzfristigen Parametern für 15 OECD-Länder geschätzt. Verwendet wurde zunächst ein Grundmodell mit zwei erklärenden Variablen: dem realen verfügbaren Einkommen pro Kopf sowie dem realen langfristigen Zins. Außerdem wurde der Zinssatz mit dem Immobilienpreisindex bereinigt, da dieser für die Investoren relevanter als der allgemeine Verbraucherpreisindex ist; allerdings hat diese Veränderung nur Auswirkungen auf die Größe und nicht das Vorzeichen der Koeffizienten. Daneben wurden verschiedene finanzielle (Kredit, Aktienpreisvolatilität) und demografische (Bevölkerung, Haushaltsgröße, Urbanisierung) Variablen als Regressoren eingeführt, für die sich allerdings kein signifikanter Einfluss ergab.

Das reale verfügbare Einkommen pro Kopf hat langfristig ein positives und signifikantes Vorzeichen: je höher das Einkommensniveau, desto höher die Nachfrage nach Immobilien, und desto stärker steigen die Preise. Der reale langfristige Zinssatz weist in der langen Frist ein negatives und signifikantes Vorzeichen auf: je höher der Zinssatz, desto geringer die Nachfrage nach Immobilien, da die Finanzierungskosten steigen. Die kurzfristigen Effekte wirken in die gleiche Richtung.

Vergleicht man die länderspezifischen Schätzwerte miteinander, stellt man fest, dass Deutschland zwar innerhalb, jedoch durchweg am oberen Rand der Bandbreite der Koeffizienten liegt: Für die kurze Frist führt eine Einkommenssteigerung von 1 % zu einem Anstieg der Immobilienpreise von 0,65 % (Bandbreite von 0,06 % bis 0,97 %); eine Erhöhung des Zinssatzes um einen Prozentpunkt bewirkt einen Rückgang der Preise um 0,01 % (Bandbreite von 0,006 % bis 0,01 %). Analog beträgt der Fehlerkorrekturkoeffizient für Deutschland $-1,8\%$, während er für alle Länder zwischen $-1,1\%$ und $-2,0\%$ liegt und durchweg signifikant ist. Dies bedeutet, dass nach einem Schock die Abweichungen der Immobilienpreise von ihrem langfristigen Gleichgewicht um rund 2 % pro Jahr zurückgehen.

Das Modell erklärt den Großteil der Veränderung der Immobilienpreise: Je nach Land findet sich ein Erklärungsgrad zwischen 86 % und 97 %; für Deutschland liegt der Wert bei 94 % wiederum im oberen Bereich.

Von den im OECD-Bericht diskutierten Studien lässt sich nur Annett (2005) für einen Vergleich mit diesen Ergebnissen verwenden, da in den anderen Untersuchungen überwiegend regionale Analysen durchgeführt wurden. Im Gegensatz zu Annett (2005) schätzt die vorliegende Analyse für Deutschland einen höheren kurzfristigen Effekt des Einkommens, während die kurzfristige Zinsreaktion etwas schwächer ausfällt. Für die langfristigen Werte findet vorliegende Schätzung sowohl einen stärkeren Einfluss des Einkommens als auch des Realzinses. Was den Fehlerkorrekturkoeffizienten betrifft, so liegt der

hier geschätzte Wert für Deutschland ($-1,8\%$) absolut unter dem von Annett (2005) (-12%). Dieser Unterschied resultiert daraus, dass in vorliegendem Modell die Immobilienpreise stärker auf Veränderungen in den erklärenden Variablen Einkommen und Zins reagieren und es deshalb auch länger dauert, bis die Abweichungen vom langfristigen Gleichgewicht abgebaut sind.

Fazit

Die Immobilienpreise in Deutschland reagieren ähnlich auf Einkommen und Zins wie in anderen Ländern, tendenziell sind die Effekte jedoch stärker ausgeprägt. Allerdings finden sich deutliche Unterschiede in den wichtigsten preisbestimmenden Variablen: So war einerseits das Wachstum des realen verfügbaren Einkommens in Deutschland deutlich niedriger als etwa in Spanien oder Irland, umgekehrt waren in Deutschland die Realzinsen weitaus höher.

Vor diesem Hintergrund zeigen Simulationen des DIW Berlin, dass für einen spürbaren Anstieg der realen Immobilienpreise ein Anstieg des realen verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens erforderlich wäre, der in dieser Größenordnung kaum zu erwarten ist. Die Simulationen gehen davon aus, dass der langfristige Nominalzins die Summe aus Einkommenswachstum und Inflationsrate ist; als Zielinflationsrate der EZB wird 2 % angenommen. Simuliert wurden drei Szenarien – mit einem schwachen Einkommenswachstum von 1 %, einem mittleren von 2 % sowie einem hohen von 3 % (Tabelle 2); höhere Wachstumsraten des Einkommens gehen dabei mit entsprechend höheren Zinsen einher. Bei einem höheren Einkommenswachstum nimmt die Wachstumsrate des realen Immobilienpreises relativ zu, wird jedoch erst ab einem Einkommenswachstum von über 3 % positiv. Der negative Einfluss der steigenden Zinsen auf das reale Immobilienpreiswachstum wird erst bei hohen Einkommenswachstumsraten vollständig kompensiert. Jedoch kommt das Szenario mit mittlerem Einkommenswachstum der historischen Entwicklung seit 1976 in Bezug auf Einkommen und Immobilienpreise am nächsten; der historisch höhere Nominalzins lässt sich dabei gut durch die im Durchschnitt höhere Inflationsrate erklären.

Tabelle 2

Prognose

	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3	Durchschnitt 1976–2005
Einkommen, Jahreswachstum %	1	2	3	1,46
Langfristiger nominaler Zins	3	4	5	6,63
Immobilienpreis, Jahreswachstum %	0,63	1,27	1,92	1,70
Realer Immobilienpreis, Jahreswachstum %	-1,37	-0,73	-0,08	-0,88

Quellen: Internationale Statistiken.

DIW Berlin 2007

Insgesamt ist daher nicht zu erwarten, dass auf absehbare Zeit von der Immobilienpreisentwicklung positive Vermögenseffekte auf die Binnennachfrage in Deutsch-

land ausgehen. Indes droht – im Gegensatz zu anderen Ländern mit zuletzt starker Immobilienpreisexpansion – auch keine destabilisierende Wirkung.

Andererseits dürften die Unternehmen eine weitere Ausweitung ihrer Kapazitäten von der Entwicklung der inländischen Nachfrage abhängig machen, die 2008 expandiert. Die Belegung im Wirtschaftsbau setzt sich im kommenden Jahr nicht in gleichem Maße wie 2007 fort, und vom privaten Wohnungsbau sowie der öffentlichen Bautätigkeit kommen kaum Impulse. Der Wachstumsbeitrag der Anlageinvestitionen geht nach 1,2 Prozentpunkten 2007 im nächsten Jahr voraussichtlich auf 0,9 Prozentpunkte zurück.

Kräftigere Belegung des privaten Konsums erst im nächsten Jahr

Beim privaten Konsum sind die Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 im laufenden Jahr deutlich sichtbar. Ins Jahr 2006 vorgezogene Käufe sowie der Einkommenszugeseffekt durch Preisanhebungen machten sich negativ bemerkbar. Einige binnenwirtschaftlich orientierte Branchen sind zum Teil deutlich von den im Schlussquartal des Vorjahres erreichten Niveaus entfernt. Die schwache Nachfrageentwicklung wird auch in der Sparquote der privaten Haushalte deutlich, die im 1. Quartal den höchsten Wert seit 1993 erreicht hat und im Jahresdurchschnitt bei knapp 11 % liegen dürfte. Gründe dafür sind die genannten Vorzieheffekte, die fortgesetzte Verschiebung der

personellen Einkommensverteilung hin zu Haushalten mit stärkerer Sparneigung⁵ und die momentan rasante Entwicklung der Baupreise, die Neu- und Ausbauprojekte verteuern. In dem Maße, wie diese als private Investitionen verbuchten Ausgaben aufgrund der Preisentwicklung höher ausfallen und die Konsumnachfrage beeinträchtigen, finden sie ihre Entsprechung in höheren Ersparnissen.⁶

Im Laufe des Prognosezeitraums dürfte der private Konsum aber deutlich anziehen. Dabei wirkt sich insbesondere der anhaltende Beschäftigungsaufbau positiv aus. Auch von der Lohnentwicklung sind seit langem wieder leicht positive Impulse zu erwarten. Günstig macht sich zudem die Entwicklung der Importpreise bemerkbar, die nach einem – vornehmlich energiepreisinduzierten – starken Anstieg 2006 im

⁵ Vgl. Klär, E., Slacalek, J.: Entwicklung der Sparquote in Deutschland: Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 40/2006.

⁶ Eine überschlägige Berechnung auf Grundlage der Bauvolumensrechnung des DIW Berlin zeigt, dass sich bei einem unveränderten Niveau der Bauinvestitionen der privaten Haushalte über den starken Preisanstieg ein Einkommenszugeseffekt von knapp 6 Mrd. Euro ergäbe, was für sich genommen einem Anstieg der Sparquote um rund 0,4 Prozentpunkte entspräche. Der tatsächliche Umfang dürfte einerseits durch Mengeneffekte (Verringerung der Bautätigkeit) gedämpft werden, andererseits durch den hohen Anteil der Kreditfinanzierung privater Bauinvestitionen, die eine Verteilung der Mehrbelastung über einen längeren Zeitraum zulässt. Allerdings kann angenommen werden, dass ein Teil der gestiegenen Kosten auch durch unmittelbaren Konsumverzichts an anderer Stelle ausgeglichen wird, um eine stärkere Verschuldung zu vermeiden.

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-0,2	1,3	0,9	2,8	2,6	2,5
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	38 722	38 879	38 821	39 092	39 586	39 837
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	3 703	3 931	3 893	3 432	2 769	2 378
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	4 381	4 388	4 861	4 487	3 726	3 321
Erwerbslosenquote ² , ILO (in %)	8,8	9,2	9,1	8,1	6,6	5,6
Arbeitslosenquote ² , BA (in %)	10,3	10,3	11,4	10,6	8,8	7,9
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	1,1	1,6	2,0	1,7	1,9	1,9
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,7	-0,5	-0,9	-1,3	-0,3	1,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁵ in Mrd. Euro	-87,0	-82,5	-72,6	-37,0	-1,9	5,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-4,0	-3,7	-3,2	-1,6	-0,1	0,2
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	1,9	4,3	4,6	5,1	6,0	6,0

¹ In Preisen des Vorjahres.

² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

³ Verbraucherpreisindex.

⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.

⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin 2007 und 2008: Prognose des DIW Berlin.

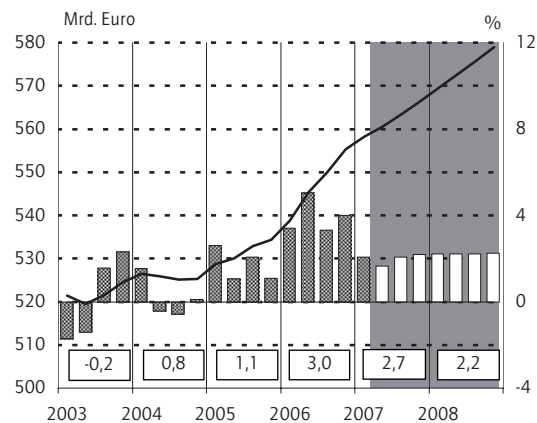
DIW Berlin 2007

Abbildung 1

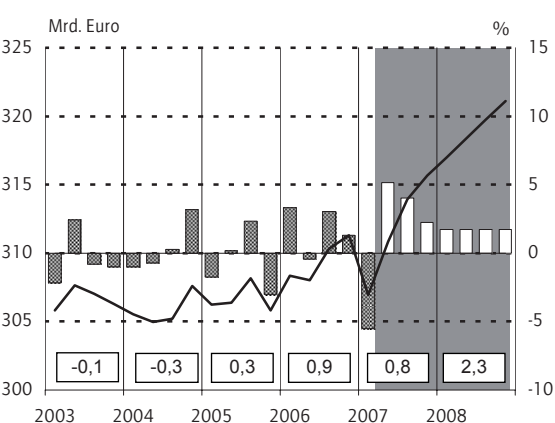
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf der verketteten Volumengrößen

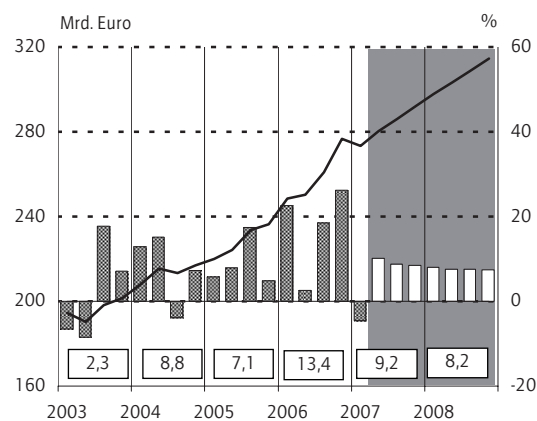
Bruttoinlandsprodukt



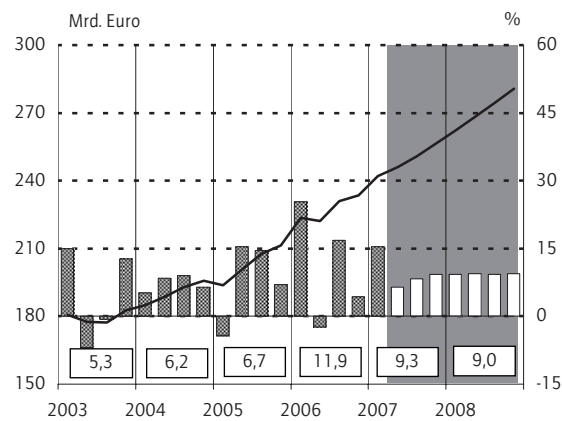
Konsumausgaben der privaten Haushalte



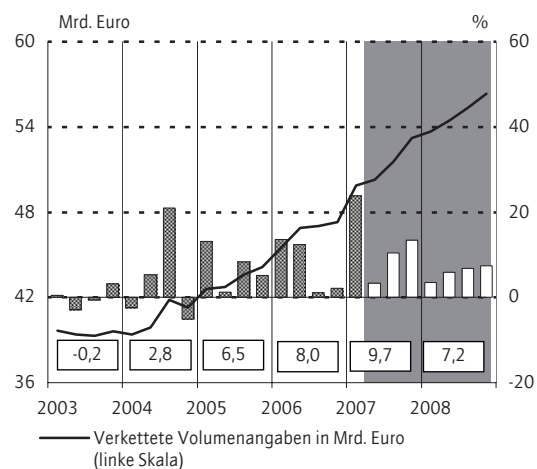
Exporte



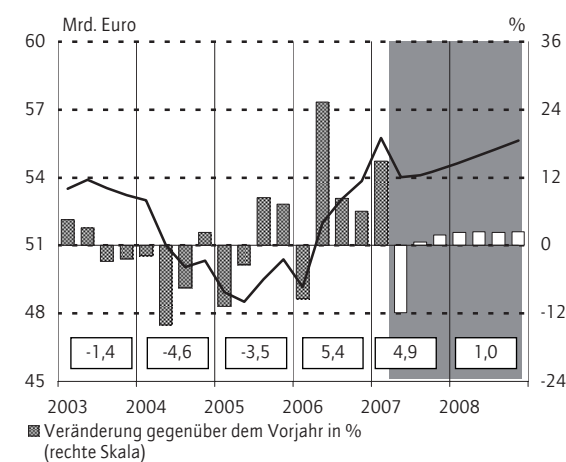
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro (linke Skala)

■ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (rechte Skala)

□ Veränderung der kalenderbereinigten Werte gegenüber dem Vorjahr in %
 ■ Prognosezeitraum

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin 2007 und 2008: Prognose des DIW Berlin.

Kasten 3

Annahmen für die Prognose

Die Prognose beruht auf folgenden Annahmen:

- Der Rohölpreis bewegt sich im gesamten Prognosezeitraum um 75 US-Dollar je Barrel (Sorte Brent).
- Der Welthandel expandiert in diesem und im kommenden Jahr mit 7 ½ %.
- Der Wechselkurs liegt im Prognosezeitraum bei 1,40 US-Dollar je Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessert sich in diesem und im nächsten Jahr geringfügig.
- Die Europäische Zentralbank wird den maßgeblichen Leitzins bis zum Jahresende 2007 um 50 Basispunkte auf 4,5 % anheben und ihn im kommenden Jahr unverändert lassen.
- Die Tarifverdienste auf Monatsbasis steigen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in diesem Jahr um 1,5 % und 2008 um 2,8 %.

laufenden Jahr sogar zurückgehen und 2008 nur moderat zulegen dürften.

Insgesamt rechnet das DIW Berlin mit Zuwächsen beim privaten Konsum von 0,8 % in diesem und 2,5 % im kommenden Jahr. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die relativ hohe Expansionsrate für das Jahr 2008 durch Überhangeffekte überzeichnet wird; im Verlauf wächst der private Verbrauch in diesem Zeitraum deutlich verhaltener um 1,6 %.

Beschäftigungsaufbau setzt sich fort

Die Beschäftigung hat im bisherigen Jahresverlauf weiter zugenommen. Im Mai belief sich die Zahl der Erwerbstätigen auf knapp 39,5 Mill., das waren 460 000 mehr als im entsprechenden Monat des Vor-

jahres. Vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde ausgeweitet. Nicht bekannt ist indes, in welchem Maße es sich bei den zusätzlichen Jobs um Vollzeitstellen oder um Teilzeitstellen, zu denen auch Midi-Jobs zählen, handelt. Deutlich zugenommen hat in den letzten Monaten wieder die Zahl der Personen, die nur einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen. Bis Anfang dieses Jahres hatte diese Entwicklung noch wenig Dynamik gezeigt.

Die Beschäftigung steigt in nahezu allen Wirtschaftsbereichen. Ausnahme sind neben dem öffentlichen Dienst die Finanzdienstleistungen; bei Banken und Versicherungen halten offenbar noch Umstrukturierungsmaßnahmen an. Besonders stark wurde die Beschäftigung bei den unternehmensnahen Diensten ausgeweitet. Zu diesem Wirtschaftsbereich zählt auch die kräftig gewachsene Zeitarbeitsbranche, die ihre Arbeitskräfte in Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche – etwa dem produzierenden Gewerbe – einsetzt. Auch in der Bauwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe haben die Firmen ihre Belegschaften aufgestockt – in der Bauwirtschaft allerdings mit nachlassendem Tempo. Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung halten die deutlichen Beschäftigungszuwächse an. In den konsumnahen Sektoren Handel und Gastgewerbe zeigt sich, dass der wirtschaftliche Aufschwung mehr und mehr vom privaten Verbrauch getragen wird, denn die Beschäftigung steigt mit zunehmender Geschwindigkeit.

Infolge der wachsenden Nachfrage nach Arbeitskräften ist die Arbeitslosigkeit deutlich gesunken, sogar stärker, als die Beschäftigung gestiegen ist (Kasten 4). Im Juni waren reichlich 700 000 Personen weniger arbeitslos gemeldet als ein Jahr zuvor. Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik haben dazu insgesamt nicht beigetragen. Die Zahl der Teilnehmer in der von Arbeitsagenturen geförderten

Tabelle 4

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts¹

In Prozentpunkten

	2006	2007	2008
Konsumausgaben	0,7	0,7	1,6
Private Haushalte ²	0,5	0,5	1,4
Staat	0,3	0,3	0,2
Anlageinvestitionen	1,0	1,2	0,9
Ausrüstungen	0,5	0,7	0,6
Bauten	0,4	0,4	0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	-0,1	0,3	-0,3
Inlandsnachfrage	1,6	2,2	2,2
Außenbeitrag	1,2	0,3	0,3
Ausfuhr	5,3	4,0	4,1
Einfuhr	-4,1	-3,7	-3,8
Bruttoinlandsprodukt³	2,8	2,6	2,5

¹ In Preisen des Vorjahres; Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin 2007 und 2008; Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

beruflichen Qualifizierung stagniert; dasselbe gilt für Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs). Der Bestand der geförderten Existenzgründer ist gesunken. Zugenommen hat allerdings die Zahl der Personen, deren Löhne mit Eingliederungszuschüssen subventioniert werden.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sich die Ausweitung der Beschäftigung fortsetzen, wenngleich nicht mit so hohem Tempo wie in der ersten Jahreshälfte. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Erwerbstätigen um 1,3 % höher sein als 2006. Der deutliche Aufbau kommt auch dadurch zustande, dass die Arbeitsproduktivität nicht mehr so stark wie im Vorjahr wachsen wird. Inzwischen gibt es einen hohen Nachholbedarf an Kräften, der aus zuvor stark verringerten Kapazitäten resultiert. Hinzu kommt, dass jetzt zunehmend die konsumnahen und eher arbeitsintensiven Sektoren die Beschäftigung ausweiten. Im nächsten Jahr setzt sich der Beschäftigungsaufbau zwar fort, wegen des langsameren Produktionsanstiegs schwächt er sich aber ab. Eine Rolle kann dabei auch spielen, dass die benötigten Kräfte auf dem Arbeitsmarkt nicht in ausreichender Zahl zu finden sind.

Löhne ziehen merklich an

Bei den Löhnen zeichnet sich im Prognosezeitraum ein Ende der realen Einbußen ab. Allerdings deuten die bisherigen Abschlüsse für die Jahre 2007 und 2008 zunächst auf eine weiterhin moderate Lohnentwicklung hin. Stärkeren Tariflohnerhöhungen im verarbeitenden Gewerbe, die gleichwohl durch entsprechende Produktivitätssteigerungen und eine günstige Auftragslage gerechtfertigt sind, stehen 2007 noch wesentlich geringere Zunahmen im Dienstleistungssektor und insbesondere im öffentlichen Dienst gegenüber. Insgesamt werden die effektiven Bruttoentgelte pro Kopf 2007 um 1,6 % steigen. Zwar steigen die Nettolöhne aufgrund der geringeren Sozialversicherungsbeiträge etwas stärker, dennoch wird der Lohnanstieg durch den leicht höheren Verbraucherpreisauftrieb abermals mehr als kompensiert. Die gesamtwirtschaftliche Bruttolohnsumme, in der auch die zunehmende Beschäftigung zum Ausdruck kommt, nimmt dagegen deutlich – um rund 2,9 % – zu.

Im kommenden Jahr dürften die Löhne in der Gesamtwirtschaft kräftiger steigen. Effektiv werden für 2008 nominale Pro-Kopf-Zuwächse von 3,1 % erwartet; dies entspricht einem realen Plus von gut einem Prozent. Dabei dürfte der Trend der seit 12 Jahren negativen gesamtwirtschaftlichen Lohndrift durchbrochen werden.⁷ Gleichwohl wird auch 2008

⁷ Allerdings variiert die Verteilung von Lohnzusatzzahlungen, aufgrund derer die Effektivlöhne die Tariflöhne übersteigen können, weiterhin deutlich branchenspezifisch. Eine positive Lohndrift dürfte

der verteilungsneutrale Lohnspielraum, der sich als Summe aus Preissteigerung und gesamtwirtschaftlicher Produktivitätsentwicklung ergibt, voraussichtlich nicht ausgeschöpft.

Die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität geht nach 2,2 % im vergangenen Jahr im Prognosezeitraum zurück. Die hohen Produktivitätszuwächse im Vorjahr waren vornehmlich Ausdruck einer in der frühen Phase des Aufschwungs zunehmenden Auslastung der Beschäftigten und vorhandenen Produktionskapazitäten. Derzeit liegt die Kapazitätsauslastung in der Industrie mit rund 88 % deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. In 2007 wird sich der gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwachs auf 1,4 % verlangsamen, weil im Zuge der konjunkturellen Aufhellung an den Arbeitsmärkten zunehmend auch weniger produktive Erwerbssuchende in Beschäftigung kommen. Nicht zuletzt wegen des kräftigen Ausbaus der Sachkapazitäten ist für 2008 ein etwas beschleunigtes Produktivitätswachstum von 1,7 % zu erwarten.

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen dürften im Prognosezeitraum um gut 5 % pro Jahr wachsen. Das seit einigen Jahren zu beobachtende Auseinanderdriften von Lohn- und Gewinneinkommen setzt sich somit in leicht abgeschwächter Form fort. Dadurch ergibt sich im Prognosezeitraum ein weiterer Rückgang der Anteile der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen von 65,6 % (2006) auf 64,4 % im Jahr 2008.

Leicht erhöhter Preisauftrieb

Der Auftrieb bei den Verbraucherpreisen dürfte in diesem Jahr rund 1,9 % betragen und damit etwas höher ausfallen als 2006. Ursächlich hierfür sind insbesondere die Mehrwertsteuererhöhung zu Jahresbeginn sowie die im Konjunkturaufschwung steigende Kapazitätsauslastung. Preisdämpfend wirkt sich hingegen die gesunkene Belastung der Unternehmen bei den Lohnnebenkosten aus – die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sinken in diesem Jahr um insgesamt 1,3 Prozentpunkte. Auch von den Importpreisen kommt ein abschwächender Effekt. Zwar sind die Rohstoffpreise zu Beginn des Jahres noch einmal zum Teil kräftig gestiegen, dies wurde allerdings durch die Aufwertung des Euro weitgehend kompensiert.⁸ Bei Warenimporten aus dem Euroraum, die einen Anteil von knapp 40 % an den Gesamtimporten haben, dürfte sich zudem die seit Jahren sinkende preisliche Wettbewerbsfähigkeit der ausländischen Exporteure bemerkbar

sich vor allem in jenen Wirtschaftsbereichen ergeben, in denen sich die Gewinnlage besonders günstig darstellt und sich zudem bereits zum jetzigen Zeitpunkt ein Fachkräftemangel andeutet.

⁸ Die Werte des HWWA-Rohstoffpreisindex auf Euro-Basis lagen in den ersten fünf Monaten des Jahres 2007 jeweils unterhalb der (sehr hohen) Vorjahreswerte.

Kasten 4

Keine Belege für Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen

Bemerkenswert ist, dass die Arbeitslosigkeit stärker gesunken ist, als sich die Erwerbstätigkeit aufgebaut hat. Vermutlich prüfen die Arbeitsagenturen stärker, ob die registrierten Arbeitslosen tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dafür gibt es exemplarische Hinweise.¹ Vermehrt wird auch ins Feld geführt, dass das Erwerbspersonenpotential geschrumpft sei.² Um diese These zu überprüfen, wird im Folgenden die Zahl der Erwerbspersonen – Erwerbsfähige und Erwerbslose – berechnet. Für die Zahl der Erwerbstätigen können zunächst Daten der amtlichen Erwerbstätigenrechnung nach dem Inländerkonzept genutzt werden. Hinzu zu zählen sind die Erwerbslosen. Die Arbeitslosenzahlen selbst können hier nicht herangezogen werden – unter anderem deshalb, weil ein Teil der Arbeitslosen einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Stattdessen wird auf die ILO-Telefonerhebung zurückgegriffen. Die so ermittelte Zahl der Erwerbspersonen ist für die ersten vier Monate dieses Jahres tatsächlich geringer als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers bei der ILO-Telefonumfrage ergibt sich jedoch kein statistisch signifikanter Rückgang. Werden alternativ auch die Erwerbstätigenzahlen aus der ILO-Telefonumfrage verwendet, ergibt sich für das erste Quartal ein leichter Zuwachs bei der Zahl der Erwerbspersonen, der allerdings ebenfalls statistisch nicht gesichert ist.

1 So hatten die Arbeitsagenturen in den Ländern Thüringen und Sachsen-Anhalt im Juni gemeldete Arbeitslose mit Berufen, die insbesondere im Baugewerbe, im Handel und im Gastgewerbe nachgefragt werden, zu mehrtägigen Qualifizierungsmaßnahmen eingeladen. Die Hälfte der angeschriebenen Personen ist nicht erschienen und wurde entsprechend aus dem Leistungsbezug und der Statistik ausgeklammert.

2 DIW, ifo, IfW, IWH, RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2007. U. a.: Wochenbericht des DIW, Nr. 17, 2007, 270. Oder: Peter Hohlfeld: Aufschwung wird schwächer. Prognose-Update: Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2007. IMK-Report Nr. 21 (Juli 2007).

machen, die deren Preiserhöhungsspielraum in Deutschland zunehmend einschränkt. Auch das Preisniveau bei den importierten Dienstleistungen ist in den ersten Monaten des laufenden Jahres leicht zurückgegangen.

Die preistreibenden Effekte der Mehrwertsteuererhöhung werden im Verlauf dieses Jahres auslaufen und 2008 keine Rolle mehr spielen. Dafür kommt ein stärkerer Aufwärtsdruck von den infolge kräftigerer Lohnerhöhungen anziehenden Lohnstückkosten (1 % in 2008 nach –0,3 % in 2007). Die im dritten Jahr des Aufschwungs weiter ansteigende Kapazitätsauslastung dürfte ebenfalls zu mehr Preisauftrieb führen. Insgesamt wird für 2008 erneut ein Anstieg des Verbraucherpreisindex um 1,9 % erwartet.

Verringerte Wachstumsimpulse vom Außenhandel

Der deutsche Außenhandel erhält im Prognosezeitraum zwar im Vergleich zur Rekordentwicklung des vergangenen Jahres einen leichten Dämpfer, expandiert aber weiterhin in stärkerem Umfang als der Welthandel. Die Exporte, die im abgelaufenen Jahr preisbereinigt noch um 13 % zunahmen, werden in diesem und im nächsten Jahr voraussichtlich mit einer Rate von knapp 9 bzw. 8½ % wachsen. Neben einem vornehmlich statistisch begründeten Rückgang zu Beginn dieses Jahres⁹ spielt hier vor

allem eine Rolle, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auch aufgrund steigender Lohnstückkosten nicht mehr so rasant verbessert wie in den Vorjahren. Insgesamt bleiben in Deutschland jedoch auch in den Jahren 2007 und 2008 die Zuwächse der Lohnstückkosten hinter jenen der Handelspartner in Europa und den USA zurück.¹⁰

Die Einfuhren wachsen mit jeweils über 9 % in beiden Jahren stärker als die Ausfuhren. Die anfangs dämpfenden Effekte der Mehrwertsteuererhöhung werden durch die höhere Nachfrage nach Vorleistungsgütern (insbesondere seitens der Exportindustrie) sowie zunehmend auch nach Konsumgütern mehr als kompensiert. Der deutsche Außenbeitrag wird trotz des relativ stärkeren Zuwachses bei den Importen absolut weiter zunehmen und 2008 mit rund 150 Mrd. Euro ein neues Rekordniveau von 6 % des BIP erreichen. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels liegt in beiden Prognosejahren bei 0,3 Prozentpunkten.

Leichter Budgetüberschuss bereits im nächsten Jahr

Das Defizit der öffentlichen Haushalte ist im Jahr 2006 erneut deutlich gesunken. Für die Fortsetzung dieser positiven Entwicklung im 1. Quartal 2007 waren vor dem Hintergrund von weiterhin

9 Dieser ergibt sich infolge der durch Nachmeldungen überzeichneten Exporte im 4. Quartal 2006.

10 Die EU-Kommission erwartet bei den nominalen Lohnstückkosten 2007 (2008) Zuwächse von 1,2 % (1,4 %) in der Eurozone, 2,4 % (2,6 %) in Großbritannien und 3,2 % (3,1 %) in den USA.

mäßigen Ausgabensteigerungen die anhaltend gute konjunkturelle Entwicklung und der weiter starke Anstieg vor allem der gewinnabhängigen Steuern entscheidend; deren kassenmäßiges Aufkommen lag bis einschließlich Mai um knapp 20 % über dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Doch auch die im ersten Halbjahr eingenommene Lohnsteuer (+8,4 %) sowie die Steuern vom Umsatz (+16,8 %) tragen erheblich zur weiteren Konsolidierung der Haushalte bei. Diese Entwicklung setzt sich fort. Daher ist spätestens für das Jahr 2008 ein leichter Haushaltsüberschuss zu erwarten.

Im laufenden Jahr sinkt das Defizit des Staatshaushaltes auf knapp 2 Mrd. Euro; der öffentliche Gesamthaushalt ist damit beinahe ausgeglichen (siehe Tabelle 5). Die Einnahmen werden wie im Vorjahr stark, um 4,1 %, zunehmen, während die Ausgaben auch dieses Jahr nur mäßig, um 0,6 %, steigen.

Die Steuereinnahmen expandieren mit 8 % weiterhin kräftig. Ein Großteil des Wachstums ist dabei den hohen Zuwachsraten bei der Mehrwert- und der Versicherungssteuer zuzurechnen, deren Sätze zum 1.1.2007 von jeweils 16 % auf 19 % angehoben wurden; sie führen damit zu Mehreinnahmen von über 22 Mrd. Euro im laufenden Jahr. Ohne die Anhebung dieser Steuersätze läge das Wachstum der Steuereinnahmen bei gut 3 %. Obwohl das Moratorium für die Nutzung von Körperschaftsteuerguthaben ausläuft und eine Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für die Jahre 2006 und 2007 sich in der Kasse negativ auswirkt, wachsen auch die gewinnabhängigen Steuern mit gut 11 % weiterhin überdurchschnittlich kräftig.¹¹ Dennoch steigt die Steuerquote – nach einem Zuwachs um 1,1 Prozentpunkte von 2005 bis 2006 – überraschenderweise nur um 0,8 Prozentpunkte auf 23,8 %; die Steuererhöhungen des Jahres 2007 schlagen sich also insgesamt weniger nieder als die gut laufende Konjunktur des Vorjahres.

Die Einnahmen durch Sozialbeiträge werden 2007 um 1 % sinken, weil der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum 1.1.2007 um 2,3 Prozentpunkte gesenkt wurde, was jedoch durch die Erhöhung der Beitragssätze zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung sowie das schnellere Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in der ersten Jahreshälfte abgefedert wird. Nach einem schwachen Rückgang des Anteils der Sozialbeiträge am BIP um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte pro Jahr seit 2001 sinkt dieser nun sprunghaft um insgesamt einen Prozentpunkt.

¹¹ Dabei ist berücksichtigt, dass gemäß eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 6.3.2007 Körperschaftsteuererstattungen an inländische Anteilseigner ausländischer Kapitalgesellschaften zu leisten sind; in vorliegender Rechnung wurden diese kassenmäßig mit einem Volumen von rund 250 Mill. Euro im Jahr 2007 sowie 3,5 Mrd. Euro im Jahr 2008 angesetzt.

Die Ausgaben wachsen auch 2007 nur langsam. Wesentlich trägt hierzu der Rückgang der arbeitsmarktbedingten Sozialleistungen bei: Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung gehen aufgrund der verbesserten Beschäftigungssituation, der verringerten Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und aufgrund von verschärften Anspruchsvoraussetzungen beim Arbeitslosengeld II um gut 20 % zurück. Die Rentenausgaben steigen dagegen leicht um ein gutes Prozent, was neben der geringfügigen Rentenerhöhung zur Jahresmitte um 0,54 % den steigenden Rentnerzahlen geschuldet ist. Leichte Mehrausgaben sind durch die Einführung des Elterngeldes zum 1.1.2007 zu erwarten; jedoch läuft gleichzeitig das Erziehungsgeld aus, und die Voraussetzungen für den Bezug von Kindergeld werden verschärft. Der Stellenabbau im öffentlichen Dienst wird zunächst fortgesetzt; daher kommt es trotz geringer Pauschal- und Einmalzahlungen bei ansonsten stagnierenden Löhnen und Gehältern zu leicht sinkenden Personalausgaben im öffentlichen Dienst. Die Zinsausgaben dürften aufgrund einer verringerten Kreditaufnahme trotz höherer Zinssätze nur leicht zunehmen; geringere Investitionszuschüsse sowie die Rückführung der Eigenheimzulage wirken zusätzlich ausgaben-dämpfend.

Bei den staatlichen Investitionen sorgte der milde Winter in Verbindung mit der verbesserten kommunalen Finanzlage aufgrund höherer Gewerbesteuererinnahmen im letzten Jahr für einen kräftigen Anstieg in der zweiten Jahreshälfte 2006 sowie im ersten Quartal 2007. Trotz eines erheblichen infrastrukturellen Nachholbedarfs ist für das laufende Jahr insgesamt aber ein weiterhin nur geringes staatliches Investitionswachstum zu erwarten, da zum Zeitpunkt der Finanzplanungen für das laufende Jahr die außerordentlich kräftige Zunahme der Steuereinnahmen kaum vorhersehbar war. Zwar werden die Investitionsausgaben um knapp 6 % erhöht, in diesen ist jedoch der starke Auftrieb der Baupreise enthalten.

Im Jahr 2008 kann erstmals seit 1989 wieder ein Budgetüberschuss des Staates realisiert werden.¹² Er dürfte bei rund 5 Mrd. Euro oder 0,2 % des nominalen BIP liegen. Die Einnahmesteigerungen sinken auf 2,6 %, während der Anstieg der Ausgaben erheblich – auf 2 % – zunimmt.

Der Anstieg der Steuereinnahmen setzt sich mit knapp 2,7 % wesentlich gedämpfter fort als noch 2007. Der Grund hierfür liegt in der zum 1.1.2008 wirksam werdenden Reform der Besteuerung der Unternehmens- und Kapitaleinkünfte, für die 2008

¹² Der Budgetüberschuss im Jahr 2000 war den einmaligen Erlösen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen geschuldet.

Tabelle 5

Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo des Staats im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)

	Ausgaben	Einnahmen			Budgetsaldo
		insgesamt	darunter: Steuern	darunter: Sozialbeiträge	
2001	47,6	44,7	22,6	18,2	-2,8
2002	48,1	44,4	22,3	18,2	-3,7
2003	48,5	44,4	22,3	18,3	-4,0
2004	46,9	43,2	21,7	17,9	-3,7
2005	46,6	43,4	21,9	17,6	-3,2
2006	45,6	44,0	23,0	17,4	-1,6
2007	43,9	43,8	23,8	16,4	-0,1
2008	43,2	43,4	23,6	16,3	0,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin
2007 und 2008: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Mindereinnahmen von 6,5 Mrd. Euro vor allem bei der Gewerbe- und Körperschaftsteuer unterstellt werden. Höhere Lohnabschlüsse führen sowohl zu einer verstärkten Wirkung der Steuerprogression und einem damit verbundenen Anstieg der Lohnsteuer um über 7 % als auch zu Einnahmesteigerungen bei den Sozialversicherungen; die erneute Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte zum 1.1.2008 wird dabei annähernd von der Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte zum 1.7.2008 kompensiert.

Auf der Ausgabenseite schlagen vor allem die nach langer Zeit wieder steigenden Personalkosten zu Buche.¹³ Angenommen wurde dabei, dass trotz verbesserter Finanzlage die Beschäftigung nicht steigen wird; eine Ausweitung des Personalbestandes um 1 % würde dagegen zu Mehrausgaben von näherungsweise 1,7 Mrd. Euro führen. Die Rentenanpassung dürfte im Jahr 2008 mit 1,0 % stärker ausfallen als in den vergangenen Jahren, was zusammen mit der Zunahme der Zahl der Rentenbezieher zu einem leichten Anstieg der Rentenausgaben führt.¹⁴ Der Rückgang bei den arbeitsmarktbedingten Sozialausgaben sollte aufgrund des abnehmenden Beschäftigungswachstums insgesamt schwächer sein als noch 2007, sodass die monetären Sozialleistungen in der Summe leicht – um 1 % – zunehmen. Zusätzliche Ausgabensteigerungen könnten sich durch eine verstärkte Inanspruchnahme des Elterngeldes, erhöhte Aufwendungen für Maßnahmen der Kinderbetreuung und den Ausbau von Krippenplätzen sowie den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit ergeben.

¹³ So ist bereits vereinbart, dass die Tariflöhne im öffentlichen Dienst der Länder um 2,9 % angehoben werden.

¹⁴ Der Lohnanstieg des Jahres 2007 ergäbe zusammen mit dem Nachhaltigkeitsfaktor eine Rentenanpassung von 2,2 % im Jahr 2008, die jedoch von der Anhebung des Altersvorsorgeanteils sowie des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1.1.2007 auf 1,0 % verringert wird.

Für die staatlichen Investitionen wird eine Ausgabensteigerung um 4 % prognostiziert, die jedoch weiter zu einem nicht unerheblichen Teil vom anhaltenden Auftrieb der Preise getragen wird. Einerseits könnten sowohl die erhöhten Steuereinnahmen der Kommunen im Jahr 2007, der in den vergangenen Jahren angestaute Investitionsdruck sowie kommunale Mehreinnahmen aus den Länderzuweisungen der Einkommensteuer als Kompensation der Ausfälle infolge der Unternehmensteuerreform zu vermehrten Investitionen führen; andererseits zieht die Reform der Unternehmensbesteuerung Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer nach sich, und viele Kommunen sehen sich der Notwendigkeit ausgesetzt, zunächst die innerhalb der letzten Jahre verstärkt in Anspruch genommenen Kassenkredite zu reduzieren.

Wirtschaftspolitik

Die Chancen für einen länger anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung stehen in Deutschland derzeit günstig. Beflügelt vom kräftigen Wachstum der Weltwirtschaft, von dem Deutschland über Jahre hinweg überdurchschnittlich stark profitiert hat, kommt nach langer Stagnation auch die binnenwirtschaftliche Nachfrage zunehmend in Schwung. Besonders erfreulich ist dabei die derzeit zu beobachtende starke konjunkturelle Aufhellung am Arbeitsmarkt. Die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte bietet derzeit Chancen zur Rückführung der Staatsverschuldung. Dabei sollten jedoch auch mittelfristig wirkende Strukturmaßnahmen nicht aus den Augen verloren werden. Wünschenswert wäre zudem, dass die EZB die bestehenden Risiken nicht überbewertet und die Lohnpolitik den Verteilungsspielraum nicht verlässt.

Geldpolitik: Risiken nicht überschätzen

Die Geldpolitik wird im Prognosezeitraum tendenziell weiter gestrafft. Die EZB hat den Leitzins um 25 Basispunkte auf nunmehr 4 % angehoben, und eine oder zwei weitere Zinsanhebungen in der zweiten Jahreshälfte sind wahrscheinlich. Die Kapitalmarktzinsen wurden jedoch von den steigenden kurzfristigen Zinsen bislang wenig beeinflusst; sie stiegen nur moderat. Hierin spiegelt sich die Erwartung wider, dass die Teuerung in engen Grenzen bleiben wird.

Die Geldpolitik ist gegenwärtig mit einer Reihe von Risiken konfrontiert. Zum einen haben die Finanzmärkte der Schwellenländer in den vergangenen Monaten erhöhte Volatilität gezeigt. Zudem können globale Zinsarbitragegeschäfte zum Auslöser von größeren Turbulenzen auf den Finanzmärkten

werden, wenn Zinserhöhungen in Ländern mit Niedrigzinswährungen erfolgen.

Zum anderen verhehlt die EZB nicht ihre Sorge über die Gefahren für die Preisstabilität im Euroraum. Bei einem geschätzten Potentialwachstum von gut 2% dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung im Euroraum sowohl im laufenden Jahr als auch im kommenden Jahr weiter erhöhen und auf den Arbeitsmärkten zu Engpässen bei qualifizierten Arbeitnehmern führen. Die Tarifabschlüsse werden daher zu einer wichtigen Determinante für die zukünftige Geldpolitik. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei, dass bei Preissteigerungsraten in Deutschland von knapp unter 2% im Prognosezeitraum (was exakt der Zielinflationsrate der EZB entspricht) das ausgleichende Moment entfällt, das in den vergangenen Jahren von der unterdurchschnittlichen deutschen Preisentwicklung ausging.

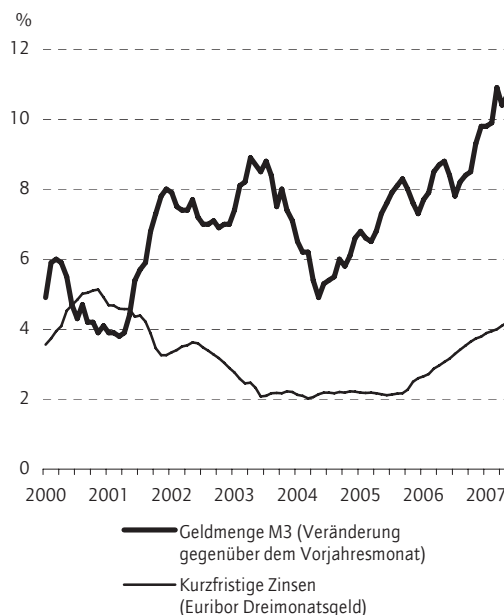
Darüber hinaus nährt die starke Beschleunigung des Wachstums der Geldmenge M3 Sorgen um die Preisstabilität. Seit Mitte 2004 ist die Wachstumsrate stetig gestiegen; zuletzt nahm M3 im Mai des laufenden Jahres mit einer jährlichen Rate von 10,7% zu. Befürworter der Geldmenge als Indikator für die künftige Preisentwicklung sehen hierin eine aufgestaute, latente Gefahr. Allerdings hat bislang das starke M3-Wachstum keine beobachtbaren Auswirkungen auf die Preisentwicklung gehabt. Mit Blick auf die Reaktion der Zentralbank ist der Zusammenhang von kurzfristigen Zinsen und Geldmengenwachstum zu beachten (Abbildung 2): Höhere kurzfristige Zinsen führen zu Verlagerungen aus langfristigen in kurzfristige Anlagen wie Termineinlagen oder Geldmarktfonds. Weitere Zinserhöhungen dürften daher nicht das M3-Wachstum reduzieren, sondern im Gegenteil tendenziell sogar noch fördern.

Ein weiterer Grund für Wachsamkeit liegt nach Ansicht der EZB in der Ausweitung des Kreditvolumens. In diesem Jahr sind zwar die Verbraucherkredite verlangsamt gestiegen, Firmenkredite verzeichnen hingegen das stärkste Wachstum seit dem Jahr 2000. Höhere Ausgaben für Investitionen wie auch für Firmenübernahmen oder -zusammenschlüsse treiben die Kreditnachfrage und damit die Preise an den Börsen, weniger jedoch die Verbraucherpreise. Die Entwicklung ist daher nicht vorwiegend aus konjunkturpolitischer Sicht relevant, vielmehr ist sie unter dem Gesichtspunkt der Stabilität der Finanzmärkte zu beobachten und könnte deshalb die Geldpolitik beeinflussen.

Insgesamt liegt das gegenwärtige Wachstum im Euroraum über dem des Produktionspotentials. Bei einem Inflationsziel von 2% ergibt sich ein natürlicher Zinssatz von etwa 4½%, der gegen

Abbildung 2

Geldmenge M3 und kurzfristige Zinsen



Quelle: Europäische Zentralbank.

DIW Berlin 2007

Jahresende erreicht werden könnte. Bis zu diesem Satz ist eine Straffung der Geldpolitik derzeit vertretbar, wenn auch nicht notwendig; darüber hinausgehende Zinserhöhungen würden der Konjunktur schaden.

Zu beachten ist auch, dass Zinssteigerungen die Aufwärtstendenz des Euro gegenüber dem US-Dollar stützen. Der gegenwärtige Europreis von 1,38 US-Dollar wird von der Exportwirtschaft des Euroraumes als gerade noch verkraftbar angesehen. Eine weitere Aufwertung würde die Wachstumsbeiträge des Außenhandels im Euroraum verringern, was sich insbesondere in jenen Ländern schmerzhaft bemerkbar machen würde, die in den vergangenen Jahren kräftigere Lohnzuwächse als Deutschland verzeichnet haben. Daher wäre die EZB gut beraten, in Abwägung der verschiedenen Risiken und des nur moderaten Preisaufriffs, dem Wachstum von Geldmenge und Kreditvolumen keine allzu große Bedeutung beizumessen und im Zweifelsfalle Zinsschritte zu unterlassen, um der konjunkturellen Entwicklung Raum zu lassen.

Fiskalpolitik: Konsolidierung vorantreiben – Investitionsspielräume nutzen

Neben den wieder stärker sprudelnden Steuereinnahmen ist die positive Arbeitsmarktentwicklung der wichtigste Faktor bei der Entspannung in den öffentlichen Haushalten. Der Ausgleich des gesamtstaatlichen Budgets bedeutet im laufenden Jahr weiterhin die Einhaltung des Maastricht-Krite-

riums; der Ausgleich der gebietskörperschaftlichen Einzelhaushalte wird deshalb letztendlich zu einer Frage des vertikalen Finanzausgleichs, der im Rahmen der Föderalismusreform II neu zu regeln ist. Dieser Erfolg wurde ungeachtet der Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer erzielt, ohne die der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo 2007 bei knapp unter 1 % des BIP gelegen hätte.

Im rasanten Rückgang der Defizite nach dem Anspringen der Konjunktur innerhalb von nur zwei Jahren zeigt sich deutlich die konjunkturelle Abhängigkeit der öffentlichen Haushalte. Folge der restriktiven Finanzpolitik der letzten Jahre war, dass sich gerade in der Infrastruktur sowie im Bereich Wissenschaft, Bildung und Forschung ein großer Investitionsbedarf aufgebaut hat, der mittelfristig zu einem Wachstumshemmnis werden könnte. Die Finanzpolitik darf sich jedoch angesichts der Mehreinnahmen im Moment nicht zu Maßnahmen verleiten lassen, die in der jetzigen Phase wiederum prozyklisch wirken und gleichzeitig die Spielräume für antizyklisches Eingreifen im nächsten Abschwung einengen würden (Kasten 5). Die konjunkturbedingten Mehreinnahmen sollten daher bei weiterhin moderatem Ausgabenwachstum konsequent zum Abbau des staatlichen Schuldenstandes verwendet werden; Mehreinnahmen, die sich aus diskretionären Maßnahmen wie der Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer ergeben, sollen besser in wachstumsfördernden Investitionen für Bildung, Forschung und Entwicklung angelegt werden, sofern sie nicht beispielsweise zur Rückführung von Sozialabgaben verwendet werden.

Lohnpolitik: Lohnerhöhungen mit Augenmaß

Nach der Zurückhaltung der vergangenen Jahre folgt die Lohnpolitik im Prognosezeitraum dem für einen konjunkturellen Aufschwung typischen Muster: Die nominalen Tariflohnzuwächse beschleunigen sich von durchschnittlich 1,5 % auf Monatsbasis im laufenden Jahr auf 2,8 % im kommenden Jahr. Damit bleiben im nächsten Jahr den Arbeitnehmern erstmals wieder spürbare reale Lohnsteigerungen als Kaufkraftzuwachs in der Tasche. Darüber hinaus profitieren sie von dem Beschäftigungsabbau.

Die effektiven Löhne sind lange Zeit langsamer gestiegen als die tariflich vereinbarten; zuletzt jedoch war der Trend dieser Lohndrift nicht eindeutig. Aufgrund schrumpfender Spielräume für den weiteren Abbau übertariflicher Leistungen sowie der wirtschaftlichen Belebung ist für 2007 und 2008 mit einer positiven Lohndrift zu rechnen. So dürften Einmalzahlungen, die etwa in Form von Gewinnbeteiligungen zuletzt in einer Reihe von Lohnabschlüssen vereinbart worden sind, gegenwärtig an Bedeutung gewinnen.

Der anhaltende Aufschwung, dem eine Phase stark steigender Unternehmens- und Vermögenseinkommen vorausgegangen war, hat bei den abhängig Beschäftigten in Deutschland die Forderung nach einer angemessenen Beteiligung an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung lauter werden lassen. Tatsächlich spricht aus binnenwirtschaftlicher Sicht einiges dafür, gesamtwirtschaftlich zu einer verteilungsneutralen Lohnpolitik zurückzukehren, nach der die Löhne so stark wachsen wie die trendmäßige Arbeitsproduktivität und die Kerninflationsrate zusammengenommen. Diese Umkehr deutet sich für das kommende Jahr an. Allerdings sind bei den Lohnabschlüssen sektorale Besonderheiten zu berücksichtigen. Fortgesetzte reale Kaufkraftzuwächse sind neben einer steigenden Beschäftigung die Voraussetzung dafür, dass für einen längerfristigen Aufschwung notwendige günstige Konsumklima entstehen zu lassen. Nur eine solide Binnenkonjunktur wird schließlich auch zu einer weiteren Ausdehnung der Investitionstätigkeit führen.

Gleichwohl ist angesichts der zwar sinkenden, aber immer noch hohen Arbeitslosigkeit in der Lohnpolitik Augenmaß gefragt. Insbesondere sollte es nicht darum gehen, einen Ausgleich für vergangene Lohnzurückhaltung durchzusetzen. Auch ist eindeutig, dass weder die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes noch Verschlechterungen bei den „terms-of-trade“, etwa durch steigende Energiepreise, über Lohnsteigerungen kompensiert werden dürfen. Hierbei handelt es sich um Umverteilungen zugunsten des Staates bzw. des Auslands, die den verfügbaren Verteilungsspielraum beschränken. Eine lohnpolitische Reaktion auf die mit ihnen verbundenen Einkommenseinbußen würde sehr schnell die Europäische Zentralbank zu weiteren Zinserhöhungen verleiten. Wiederholt hat die EZB deutlich gemacht, dass sie sich dem Primat der Preisstabilität verpflichtet fühlt und über den ersten Zinsschritt im laufenden Jahr hinaus auf Zweitrundeneffekte zwingend mit Zinserhöhungen reagieren wird. Es wäre unklug zu riskieren, dass der sich gerade voll entfaltende Aufschwung durch eine restriktive Geldpolitik wieder gedämpft wird. Ein Überschießen der Löhne sollte auch deshalb vermieden werden, weil dadurch falsche Signale an Unternehmen ausgesandt würden, für die die verbesserte Lohnkostensituation zuletzt ein Grund war, in Deutschland wieder Beschäftigung aufzubauen. Im Sinne einer stärkeren Flexibilisierung der Lohnentwicklung kann zudem darüber nachgedacht werden, gewinnabhängige Lohnkomponenten stärker in Tariflohnabschlüssen zu verankern und damit eine geringere Anhebung des Tariflohnsockels zu erreichen. Im Vergleich zu Investivlohnkonzepten stellen diese Gewinnbeteiligungsmodelle je nach ihrer konkreten Ausgestaltung die bessere Alternative dar, da sie einfach und unbürokratisch

Kasten 5

Arbeitslosenversicherung: Asymmetrische Saldenentwicklung zulassen

Ein wesentlicher Motor der Haushaltskonsolidierung im vergangenen Jahr war der Rückgang der arbeitsmarktbedingten Sozialleistungen in Verbindung mit höheren Einnahmen der Arbeitslosenversicherung. Durch die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte auf 4,2 % im laufenden Jahr verringern sich anfänglich die Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA); sie verstetigen sich jedoch aufgrund der anhaltend guten Beschäftigungsentwicklung im Prognosezeitraum wieder. Die BA erwartet daher den Aufbau einer Rücklage von ca. 26 Mrd. Euro bis zum Jahr 2011, von denen jedoch gut 13 Mrd. Euro noch aus dem Jahr 2006 stammen. Derzeit ist eine weitere Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um mindestens 0,3 Prozentpunkte im Jahr 2008 in der Diskussion. Hierfür sprechen erstens der internationale Kostendruck, zweitens die Tatsache, dass überschüssige Beiträge der Sozialversicherung den Beitragszahlern gehören und drittens die Gefahr, dass systematische Überschüsse zur Finanzierung weiterer versicherungsfremder Leistungen zweckentfremdet werden könnten. Derzeit entfallen lediglich 55 % der Gesamtausgaben

der BA auf die reine Versicherungsleistung¹, aber rund 80 % der Einnahmen stammen aus Beiträgen.

Erstes Ziel sollte daher die volle Steuerfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen sein, z. B. durch Verwendung der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung. Dies würde für sich genommen Raum für erheblich stärkere Beitragssenkungen bieten. Unabhängig davon sollten in konjunkturell günstigen Zeiten Rücklagen gebildet werden, um bei erneut steigender Arbeitslosigkeit eine Lohnkompensation zu ermöglichen. Geschieht dies nicht, müssen im nächsten Abschwung bei gleichbleibenden Leistungen entweder die Zuschüsse der Gebietskörperschaften oder die Beitragssätze erneut erhöht werden. Im ersten Fall würde der finanzielle Spielraum der Gebietskörperschaften zusätzlich eingeschränkt, im zweiten würden die steigenden Lohnnebenkosten den Stellenabbau forcieren, und die

¹ Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers sowie Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung.

Tabelle 1

Finanzierungsbedarf der Bundesagentur für Arbeit

		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Szenario 1: Wachstumspfad	Erwerbslosenquote ¹	6,6	5,6	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	
	Bruttolohn ²	1,6	3,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	
	Gesamthaushalt der BA										
	Beitragssatz ab 2008	Liquide Rücklage im Mrd. Euro ³									
	4,2	14,5	12,3	16,0	20,3	25,3	31,0	37,5	44,7	52,6	
	3,9	14,5	9,9	11,2	13,0	15,5	18,6	22,4	26,9	32,1	
	3,5	14,5	6,8	4,7	3,3	2,4	2,1	2,4	3,3	4,8	
	Beiträge und Versicherungsleistung ⁴										
	Beitragssatz ab 2008	Liquide Rücklage im Mrd. Euro ³									
	4,2	14,5	28,6	44,4	60,8	77,9	95,7	114,3	133,6	153,6	
3,9	14,5	26,2	39,6	53,5	68,1	83,3	99,2	115,8	133,1		
2,0	14,5	11,1	9,0	7,3	5,8	4,7	4,0	3,6	3,5		
Szenario 2: Konjunkturzyklus	Erwerbslosenquote	6,6	5,6	6,0	6,6	7,1	7,4	6,9	6,2	5,8	
	Bruttolohn	1,6	3,0	1,0	0,8	0,6	0,4	0,8	1,6	2,5	
	Gesamthaushalt der BA										
	Beitragssatz ab 2008	Liquide Rücklage im Mrd. Euro ³									
	4,2	14,5	12,3	13,0	11,7	8,7	4,7	3,0	4,3	8,4	
	3,9	14,5	9,9	8,2	4,6	-0,8	-7,2	-11,3	-12,5	-11,0	
	3,5	14,5	6,8	1,9	-5,0	-13,5	-23,1	-30,4	-34,9	-36,8	
	Beiträge und Versicherungsleistung ⁴										
	Beitragssatz ab 2008	Liquide Rücklage im Mrd. Euro ³									
	4,2	14,5	28,6	41,4	52,2	61,3	69,4	79,8	93,2	109,4	
3,9	14,5	26,2	36,6	45,1	51,8	57,5	65,5	76,4	90,0		
2,0	14,5	11,1	6,4	-0,2	-8,5	-17,9	-25,2	-30,0	-32,7		

¹ Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer einschließlich Erwerbsloser).

² Wachstumsrate der Bruttolohn- und Gehaltssumme je abhängig Beschäftigten in %.

³ Akkumulierte Finanzierungssaldi.

⁴ Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers sowie Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit und Berechnungen des DIW Berlin; ab 2008: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

höheren Abgaben würden die private Konsumnachfrage zusätzlich dämpfen.

Modellrechnungen des DIW Berlin zeigen, dass bereits eine moderate Erhöhung der Arbeitslosenrate auf 10,5% innerhalb von vier Jahren (2009 bis 2012, Szenario „Konjunkturzyklus“ in der Tabelle) bei einer Senkung des Beitragssatzes um 0,3 Prozentpunkte auf 3,9 % zu einem kompletten Abbau der prognostizierten Rückstellungen bis 2011 führen würde; selbst bei einem erneuten Boom ab 2012 läge der kumulierte Finanzierungsbedarf der BA 2012 bei etwa 12 Mrd. Euro, die durch Bundeszuschüsse ausgeglichen werden müssten.² Würde der Beitragssatz im Jahr 2008 um 0,7 Prozentpunkte auf 3,5 % gesenkt, ergäbe sich bereits 2011 ein kumulierter Finanzierungsbedarf von rund 13 Mrd. Euro. Der Spielraum für weitere Senkungen liegt unter der Annahme eines neuerlichen Konjunkturzyklus

² Für die Überschlagsrechnungen wurden die zwei Szenarien „Wachstumspfad“, in dem die Arbeitslosenrate langfristig bei 5,3 % liegt, und „Konjunkturzyklus“, in dem sie im Jahr 2012 einen erneuten Höhepunkt von 7,4 % hat, definiert; die Bruttolöhne wurden entsprechend ebenfalls einem Konjunkturzyklus angepasst. Dabei wurde unterstellt, dass der Aussteuerungsbetrag nach 2007 auf Null zurückgeführt wird, der Mehrwertsteuer-Ausgleich ab 2009 bei konstant 7,8 Mrd. liegt und die Ausgaben für versicherungsfremde Leistungen ab 2008 konstant bleiben.

bei höchstens 0,2 Prozentpunkten, falls der derzeitige Anteil der reinen Versicherungsleistung von lediglich rund 55 % an den Gesamtausgaben der BA erhalten bleibt. Der von der BA avisierte Überschuss sowie die von der Politik diskutierte erhebliche Beitragssenkung sind unter Beibehaltung der Haushaltsstruktur nur bei einer sehr positiven wirtschaftlichen Entwicklung bis 2011 realisierbar, bei der die Arbeitslosenrate auf dem derzeit erreichten niedrigen Niveau bleibt. Stellt man dagegen die reinen Beiträge der Versicherten den Auszahlungen für Arbeitslosengeld gegenüber, besteht sogar im Szenario „Konjunkturzyklus“ Spielraum für eine Beitragssenkung bis auf 2,6 %.

Durch die Bildung einer Rücklage ginge mindestens ein Teil des derzeitigen Überschusses den Beitragszahlern nicht verloren, sondern diene dazu, zukünftige konjunkturbedingte Kompensationsleistungen zu ermöglichen. Sollte sich im nächsten Abschwung zeigen, dass nicht die gesamte Rücklage abgebaut wird, können entweder der Beitragssatz im Abschwung gesenkt werden, um Beschäftigungsimpulse zu setzen, oder die Leistungen an Arbeitslose erhöht werden, um die Konsumnachfrage zu stützen.

JEL Classification:
E32, E37, E66, F01

Keywords:

Economic outlook,
business cycle forecasts,
public budget,
housing prices,
fixed capital formation,
consumption,
foreign trade,
wage and price
development,
unemployment insurance,
cyclical reserves

zu handhaben sind sowie vermeiden, dass Arbeitnehmer im Falle eines Konkurses ihre Beteiligung verlieren und Arbeitgeber ihre Bücher aufdecken müssen.

Wenn auch die Lohnentwicklung insgesamt moderat bleiben dürfte, geben doch aktuelle Tarifaufinandersetzungen Anlass zur Sorge. Denn offenkundig scheint sich der Trend fortzusetzen, dass gewerkschaftliche Interessensvertretungen einzelner Berufe für ihre Klientel Forderungen erheben, die weit über das hinausgehen, was gesamtwirtschaftlich an Lohnerhöhungen erträglich ist. Das birgt die Gefahr, dass weitere Arbeit-

nehmer sich an völlig überzogenen Forderungen orientieren – zumal dann, wenn sie in der Lage sind, in erheblichem Maß den Wirtschaftskreislauf zu stören. Ein Nachgeben gegenüber solchen Forderungen würde das bestehende Modell der sozialpartnerschaftlich ausgerichteten industriellen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Branchengewerkschaften in Frage stellen. Damit ginge auch der Konsens verloren, dass Löhne nur in einem angemessenen Rahmen steigen können, weil ansonsten die Zentralbank über Zinsanhebungen dafür sorgt, dass sich die Inflation in Grenzen hält – was allerdings wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze kosten kann.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2007 und 2008

	2005	2006	2007	2008	2006		2007		2008	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	-0,1	0,7	1,3	0,6	0,4	1,0	1,3	1,2	0,7	0,6
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,4	0,6	0,2	-0,4	0,1	1,1	0,2	0,1	-0,1	-0,7
Arbeitstage	-0,7	-0,7	-0,3	0,6	0,0	-1,3	-0,4	-0,1	0,1	1,0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-0,4	0,6	1,1	0,8	0,4	0,7	1,2	1,1	0,7	0,9
Produktivität ^[1]	1,3	2,2	1,4	1,7	1,9	2,5	1,8	1,0	1,7	1,6
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,9	2,8	2,6	2,5	2,3	3,2	3,0	2,1	2,4	2,6
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Mrd. Euro										
Konsumausgaben	1 740,7	1 773,5	1 815,3	1 885,2	862,1	911,4	878,9	936,4	916,6	968,6
Private Haushalte ^[2]	1 321,1	1 348,7	1 382,1	1 441,2	657,3	691,4	669,4	712,7	701,8	739,4
Staat	419,6	424,9	433,2	444,0	204,8	220,1	209,5	223,7	214,8	229,2
Anlageinvestitionen	386,9	411,8	447,8	470,3	191,7	220,0	212,6	235,2	222,5	247,8
Ausrüstungen	159,4	169,6	182,5	195,0	80,6	89,0	85,7	96,8	92,0	103,0
Bauten	202,3	216,2	238,7	247,6	98,7	117,5	114,1	124,6	117,1	130,5
Sonstige Anlageinvestitionen	25,2	25,9	26,6	27,7	12,5	13,5	12,8	13,8	13,4	14,3
Vorratsveränderung ^[3]	-2,6	-1,3	5,4	-1,6	11,8	-13,1	10,6	-5,2	-1,8	0,2
Inländische Verwendung	2 125,0	2 184,0	2 268,4	2 353,9	1 065,6	1 118,3	1 102,0	1 166,4	1 137,3	1 216,6
Außenbeitrag	116,0	125,1	148,8	150,1	58,9	66,2	85,3	63,4	92,2	57,9
Exporte	912,3	1 040,3	1 142,9	1 247,1	499,3	541,0	560,5	582,4	613,1	633,9
Importe	796,3	915,2	994,1	1 097,0	440,5	474,8	475,1	519,0	520,9	576,1
Bruttoinlandsprodukt	2 241,0	2 309,1	2 417,2	2 504,0	1 124,5	1 184,6	1 187,3	1 229,9	1 229,6	1 274,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	1,3	1,9	2,4	3,9	2,0	1,8	1,9	2,7	4,3	3,4
Private Haushalte ^[2]	1,4	2,1	2,5	4,3	2,1	2,1	1,8	3,1	4,8	3,7
Staat	1,1	1,2	2,0	2,5	1,8	0,7	2,3	1,7	2,6	2,4
Anlageinvestitionen	0,7	6,4	8,7	5,0	5,1	7,6	10,9	6,9	4,7	5,4
Ausrüstungen	5,0	6,4	7,6	6,9	7,4	5,5	6,4	8,7	7,3	6,4
Bauten	-2,7	6,9	10,4	3,7	3,5	9,9	15,6	6,0	2,7	4,7
Sonstige Anlageinvestitionen	2,1	3,0	2,6	4,0	3,0	3,0	2,6	2,7	4,5	3,5
Inländische Verwendung	1,4	2,8	3,9	3,8	3,4	2,2	3,4	4,3	3,2	4,3
Exporte	8,1	14,0	9,9	9,1	13,3	14,7	12,2	7,7	9,4	8,8
Importe	8,6	14,9	8,6	10,3	17,6	12,6	7,9	9,3	9,6	11,0
Bruttoinlandsprodukt	1,5	3,0	4,7	3,6	2,6	3,5	5,6	3,8	3,6	3,6
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro										
Konsumausgaben	1 626,9	1 642,0	1 657,5	1 693,6	803,0	839,0	808,5	849,1	829,9	863,8
Private Haushalte ^[2]	1 227,9	1 237,2	1 247,2	1 278,6	604,4	632,8	606,2	641,0	624,9	653,8
Staat	398,9	404,9	410,5	415,0	198,7	206,2	202,4	208,1	205,1	209,9
Anlageinvestitionen	398,8	421,3	449,4	471,1	196,9	224,4	212,8	236,6	222,5	248,6
Ausrüstungen	173,9	186,6	203,9	220,3	88,2	98,4	95,2	108,7	103,4	116,9
Bauten	198,3	206,9	216,6	221,7	95,6	111,3	103,7	112,9	105,1	116,6
Sonstige Anlageinvestitionen	27,9	29,6	31,4	33,0	14,1	15,5	15,0	16,4	15,8	17,2
Inländische Verwendung	2 026,3	2 060,5	2 108,7	2 159,1	1 012,7	1 047,8	1 031,9	1 076,8	1 051,8	1 107,4
Exporte	916,8	1 036,0	1 128,6	1 225,8	499,2	536,9	553,2	575,4	602,6	623,3
Importe	815,6	910,3	995,0	1 087,1	438,3	472,0	478,9	516,1	520,9	566,2
Bruttoinlandsprodukt	2 129,2	2 188,4	2 244,2	2 300,5	1 074,5	1 113,9	1 106,7	1 137,5	1 133,8	1 166,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	0,2	0,9	0,9	2,2	0,7	1,1	0,7	1,2	2,7	1,7
Private Haushalte ^[2]	0,1	0,8	0,8	2,5	0,5	1,0	0,3	1,3	3,1	2,0
Staat	0,6	1,5	1,4	1,1	1,4	1,5	1,9	0,9	1,3	0,9
Anlageinvestitionen	0,8	5,6	6,7	4,8	5,0	6,3	8,1	5,4	4,6	5,1
Ausrüstungen	6,1	7,3	9,3	8,0	8,3	6,4	8,0	10,5	8,6	7,5
Bauten	-3,6	4,3	4,7	2,4	2,2	6,2	8,4	1,4	1,4	3,3
Sonstige Anlageinvestitionen	4,7	5,9	6,1	5,1	5,9	5,9	6,6	5,6	5,4	4,8
Inländische Verwendung	0,5	1,7	2,3	2,4	2,0	1,4	1,9	2,8	1,9	2,8
Exporte	6,9	13,0	8,9	8,6	12,3	13,7	10,8	7,2	8,9	8,3
Importe	6,5	11,6	9,3	9,3	13,1	10,2	9,3	9,3	8,8	9,7
Bruttoinlandsprodukt	0,9	2,8	2,6	2,5	2,3	3,2	3,0	2,1	2,4	2,6

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2007 und 2008

	2005	2006	2007	2008	2006		2007		2008	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)										
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ^[2]	1,3	1,3	1,7	1,7	1,5	1,1	1,5	1,8	1,7	1,7
Konsumausgaben des Staates	0,5	-0,2	0,6	1,4	0,4	-0,8	0,4	0,7	1,2	1,6
Anlageinvestitionen	-0,1	0,7	2,0	0,2	0,1	1,3	2,6	1,4	0,1	0,3
Ausrüstungen	-1,1	-0,8	-1,5	-1,1	-0,8	-0,8	-1,5	-1,6	-1,2	-1,0
Bauten	0,9	2,5	5,4	1,3	1,3	3,5	6,6	4,5	1,3	1,4
Exporte	1,1	0,9	0,8	0,5	0,9	0,9	1,3	0,5	0,4	0,5
Importe	1,9	3,0	-0,6	1,0	3,9	2,2	-1,3	-0,0	0,8	1,2
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,3	2,1	1,1	0,2	0,3	2,5	1,7	1,1	1,0
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Mrd. Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ^[2]	1 651,0	1 715,0	1 766,1	1 836,9	839,4	875,7	864,7	901,5	899,0	937,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	217,9	220,4	219,4	225,6	106,3	114,1	105,4	114,0	108,3	117,3
Bruttolöhne und -gehälter	911,4	925,3	952,5	988,0	437,3	487,9	449,3	503,3	465,2	522,8
Übrige Primäreinkommen ^[4]	521,7	555,5	586,3	622,1	288,2	267,3	303,2	283,1	322,0	300,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	262,9	285,6	328,2	342,8	127,7	157,9	155,6	172,6	156,6	186,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1 913,9	2 000,6	2 087,7	2 171,2	967,0	1 033,6	1 019,3	1 068,3	1 060,3	1 110,9
Abschreibungen	334,3	334,4	346,1	355,1	166,1	168,2	172,5	173,5	177,5	177,6
Bruttonationaleinkommen	2 248,2	2 335,0	2 433,7	2 526,3	1 133,2	1 201,8	1 191,8	1 241,9	1 237,8	1 288,5
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	1 675,1	1 746,9	1 804,8	1 883,1	842,3	904,6	877,7	927,1	915,8	967,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	545,9	601,2	632,9	669,4	298,6	302,5	323,0	309,8	342,3	327,1
Arbeitnehmerentgelt	1 129,3	1 145,7	1 171,9	1 213,6	543,7	602,0	554,7	617,3	573,5	640,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ^[2]	1,4	3,9	3,0	4,0	3,6	4,1	3,0	2,9	4,0	4,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	-2,1	1,1	-0,5	2,8	0,3	1,9	-0,9	-0,1	2,8	2,9
Bruttolöhne und -gehälter	-0,3	1,5	2,9	3,7	0,9	2,1	2,7	3,1	3,5	3,9
Übrige Primäreinkommen ^[4]	6,2	6,5	5,5	6,1	6,4	6,5	5,2	5,9	6,2	6,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	3,4	8,6	14,9	4,4	7,7	9,4	21,9	9,3	0,6	7,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1,7	4,5	4,4	4,0	4,1	4,9	5,4	3,4	4,0	4,0
Abschreibungen	2,3	0,0	3,5	2,6	-0,9	0,9	3,8	3,2	2,9	2,3
Bruttonationaleinkommen	1,8	3,9	4,2	3,8	3,4	4,3	5,2	3,3	3,9	3,8
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	1,5	4,3	3,3	4,3	3,7	4,8	4,2	2,5	4,3	4,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,2	10,1	5,3	5,8	9,4	10,8	8,2	2,4	6,0	5,6
Arbeitnehmerentgelt	-0,7	1,5	2,3	3,6	0,8	2,0	2,0	2,5	3,4	3,7
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Mrd. Euro										
Masseneinkommen	978,8	980,9	998,8	1 018,4	473,4	507,5	480,1	518,7	488,7	529,8
Nettolohn- und -gehälter	601,4	603,8	619,5	635,7	283,0	320,7	289,9	329,6	296,8	338,9
Monetäre Sozialleistungen	458,3	456,8	454,2	458,1	231,2	225,6	228,0	226,2	229,8	228,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen ^[5]	80,9	79,6	74,8	75,4	40,8	38,9	37,7	37,1	37,9	37,5
Übrige Primäreinkommen ^[4]	521,7	555,5	586,3	622,1	288,2	267,3	303,2	283,1	322,0	300,0
Sonstige Transfers (Saldo) ^[6]	-40,8	-49,5	-58,2	-57,0	-23,1	-26,4	-27,6	-30,6	-26,8	-30,1
Verfügbares Einkommen	1 459,8	1 486,9	1 526,9	1 583,5	738,5	748,4	755,7	771,2	783,9	799,7
<i>Nachrichtlich:</i>										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	18,1	21,3	23,0	24,8	9,8	11,5	10,6	12,4	11,4	13,4
Konsumausgaben	1 321,1	1 348,7	1 382,1	1 441,2	657,3	691,4	669,4	712,7	701,8	739,4
Sparen	156,8	159,5	167,7	167,2	91,0	68,5	96,9	70,8	93,5	73,7
Sparquote in % ^[7]	10,6	10,6	10,8	10,4	12,1	9,0	12,6	9,0	11,8	9,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	-0,2	0,2	1,8	2,0	-0,1	0,5	1,4	2,2	1,8	2,1
Nettolohn- und -gehälter	-0,3	0,4	2,6	2,6	-0,4	1,1	2,4	2,8	2,4	2,8
Monetäre Sozialleistungen	0,2	-0,3	-0,6	0,9	0,4	-1,1	-1,4	0,2	0,8	0,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen ^[5]	1,9	-1,6	-6,1	0,8	-0,1	-3,1	-7,5	-4,6	0,5	1,1
Übrige Primäreinkommen ^[4]	6,2	6,5	5,5	6,1	6,4	6,5	5,2	5,9	6,2	6,0
Verfügbares Einkommen	1,7	1,9	2,7	3,7	2,0	1,8	2,3	3,1	3,7	3,7
Konsumausgaben	1,4	2,1	2,5	4,3	2,1	2,1	1,8	3,1	4,8	3,7
Sparen	3,3	1,7	5,1	-0,3	2,5	0,6	6,4	3,4	-3,5	4,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2007 und 2008

	2005	2006	2007	2008	2006		2007		2008	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ^[8]										
a) Mrd. Euro										
Einnahmen										
Steuern	493,0	530,5	574,6	590,2	258,4	272,1	281,9	292,7	289,0	301,1
Sozialbeiträge	397,0	401,1	396,9	408,0	195,0	206,1	192,1	204,9	196,3	211,7
Vermögenseinkommen	13,0	16,5	16,2	16,2	9,7	6,8	10,1	6,1	10,1	6,1
Sonstige Transfers	18,2	14,4	14,5	14,7	6,9	7,6	6,9	7,6	7,1	7,7
Vermögenstransfers	10,0	9,3	10,0	10,1	4,8	4,5	4,9	5,1	4,9	5,2
Verkäufe	44,2	44,4	45,2	46,0	21,2	23,1	21,5	23,7	22,0	24,0
Sonstige Subventionen	0,5	0,4	0,4	0,4	0,2	0,3	0,2	0,3	0,2	0,3
Insgesamt	975,9	1 016,5	1 057,9	1 085,6	496,1	520,4	517,5	540,4	529,6	556,0
Ausgaben										
Vorleistungen	96,1	96,9	100,2	103,1	44,6	52,3	46,6	53,6	48,2	54,9
Arbeitnehmerentgelte	167,5	167,8	167,6	170,3	80,1	87,7	80,0	87,6	81,3	89,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	62,0	65,1	66,6	70,2	32,3	32,9	33,0	33,6	34,9	35,4
Subventionen	26,8	26,7	26,9	27,1	12,8	13,9	12,9	14,1	12,9	14,2
Monetäre Sozialleistungen	430,2	428,5	424,0	427,9	217,0	211,5	212,5	211,5	214,4	213,5
Soziale Sachleistungen	167,5	171,7	176,7	182,6	84,9	86,8	87,4	89,3	90,2	92,3
Sonstige laufende Transfers	35,3	35,2	37,0	38,9	17,9	17,3	18,7	18,3	19,9	19,0
Vermögenstransfers	34,3	30,6	28,0	26,3	16,8	13,8	14,9	13,1	13,5	12,8
Bruttoinvestitionen	30,2	32,4	34,3	35,6	13,4	18,9	15,2	19,0	16,1	19,5
Nettozugang an nichtprod.Vermögensgütern	-1,4	-1,4	-1,5	-1,5	-0,7	-0,7	-0,7	-0,8	-0,7	-0,8
Insgesamt	1 048,5	1 053,5	1 059,7	1 080,6	519,1	534,4	520,5	539,3	530,8	549,8
Finanzierungssaldo	-72,6	-37,0	-1,8	5,0	-23,0	-14,0	-3,0	1,1	-1,2	6,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	2,4	7,6	8,3	2,7	7,6	7,6	9,1	7,6	2,5	2,9
Sozialbeiträge	0,1	1,0	-1,0	2,8	0,9	1,1	-1,5	-0,6	2,2	3,3
Vermögenseinkommen	20,4	27,6	-2,1	0,1	58,5	-0,3	3,3	-9,7	0,1	0,2
Sonstige Transfers	6,4	-20,9	0,8	1,3	-35,4	-0,8	1,2	0,4	1,7	0,9
Vermögenstransfers	4,2	-7,2	7,8	1,0	-6,9	-7,6	3,2	12,6	0,0	2,0
Verkäufe	7,2	0,5	2,0	1,7	1,8	-0,8	1,3	2,6	2,4	1,2
Sonstige Subventionen	-7,4	-14,0	-4,7	-2,4	-29,2	0,0	-5,9	-3,8	-6,3	0,0
Insgesamt	2,0	4,2	4,1	2,6	4,2	4,2	4,3	3,8	2,3	2,9
Ausgaben										
Vorleistungen	6,6	0,8	3,4	2,9	2,1	-0,2	4,4	2,5	3,5	2,4
Arbeitnehmerentgelte	-1,1	0,1	-0,1	1,6	0,6	-0,3	-0,1	-0,1	1,6	1,6
Vermögenseinkommen	-0,8	5,0	2,3	5,4	3,9	6,2	2,4	2,2	5,6	5,3
Subventionen	-5,3	-0,1	0,6	0,7	-1,9	1,7	0,4	0,9	0,5	0,8
Monetäre Sozialleistungen	0,3	-0,4	-1,1	0,9	0,3	-1,1	-2,1	-0,0	0,9	1,0
Soziale Sachleistungen	2,3	2,5	2,9	3,3	3,3	1,8	2,9	2,9	3,3	3,4
Sonstige laufende Transfers	6,1	-0,4	5,1	5,1	-5,8	6,0	4,7	5,6	6,4	3,8
Vermögenstransfers	3,3	-10,7	-8,6	-5,9	-11,8	-9,4	-11,7	-4,9	-9,0	-2,4
Bruttoinvestitionen	-3,8	7,1	5,8	4,0	0,0	12,8	13,3	0,5	5,8	2,6
Nettozugang an nichtprod.Vermögensgütern	0,0	0,0	4,9	0,0	16,4	-12,2	-1,4	11,1	0,0	0,0
Insgesamt	0,9	0,5	0,6	2,0	0,5	0,5	0,3	0,9	2,0	2,0
1	Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.									
2	Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.									
3	Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.									
4	Selbständigeneinkommen-/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.									
5	Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.									
6	Empfangene abzüglich geleistete Transfers.									
7	Sparen in % des verfügbaren Einkommens.									
8	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.									

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Boriss Siliverstovs

Dynamic Modelling of the Demand for Money in Latvia

This study develops a parsimonious stable coefficient money demand model for Latvia for the period from 1996 till 2005. A single cointegrating vector between the real money balances, the gross domestic product, the long-term interest rate, and the rate of inflation is found. Our study contributes to better understanding of the factors shaping the demand for money in the new Member States of the European Union that committed themselves to adopting of the Euro currency in the near future.

Discussion Paper No. 703

July 2007

Nataliya Fedorenko, Dorothea Schäfer and Oleksandr Talavera

The Effects of the Bank-Internal Ratings on the Loan Maturity

The paper focuses on the effects of three different internal bank ratings – Risk-, Property- and Creditworthiness-Rating – on the loan maturity. We use a sample of about 5,000 loans given to sole proprietors and corporate borrowers by two German banks from January 2003 till July 2005. The estimation results for corporate borrowers are consistent with Diamond's (1991) predictions of non-monotonic relationship between ratings and maturity. The best rated and the worst rated loans tend to have shorter maturities than loans with an intermediate rating. However, our results for sole proprietors conflict with the predictions of Diamond and with the majority of the empirical literature. We find a negative association between ratings and maturity of the loans given to sole proprietors.

Discussion Paper No. 704

July 2007

Frank M. Fossen

**Risky Earnings, Taxation and Entrepreneurial Choice:
A Microeconomic Model for Germany**

Which role do individual income prospects play in the decision to be an entrepreneur rather than an employee? In a model of occupational choice, higher expected after-tax earnings attract people to self-employment, while more risky net earnings deter risk-averse individuals. In this paper I analyse the expected value and variance of income in self-employment and dependent employment empirically, accounting for selection. Based on this analysis, structural models of self-employment entry and exit under risk are estimated, which include a standard risk aversion parameter. The model predicts that the German income tax reduction of 2000 induced smaller exit rates out of self-employment for men and smaller entry rates for women.

Discussion Paper No. 705

July 2007

Alexander Muravyev, Dorothea Schäfer and Oleksandr Talavera

**Entrepreneurs' Gender and Financial Constraints:
Evidence from International Data**

This paper studies gender discrimination against entrepreneurs by financial institutions. Based on the Business Environment and Enterprise Performance Survey (BEEPS) that covers firms in several countries of Western Europe as well as in the transition countries of Eastern Europe, our analysis suggests that female-managed firms are less likely to obtain a bank loan compared with male-managed counterparts. In addition, there is some evidence that female entrepreneurs are charged higher interest rates when loan applications are approved. Disaggregation of the sample by country groups suggests that these results are driven by firms in the least financially developed countries of the region.

Discussion Paper No. 706

July 2007

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html>).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html>).

Industrietagung 2007/Industrial Conference 2007

27. und 28. September 2007
DIW Berlin, Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

Dialog mit Unternehmen und Verbänden

Die Förderung der Kommunikation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ist das Ziel der Industrietagung, die von der Vereinigung der Freunde des DIW Berlin unterstützt wird. Als anerkanntes und ausgezeichnetes Forum für Experten, die interessiert sind an Einschätzungen der aktuellen Entwicklung der Weltwirtschaft, ihrer Regionen und Branchen sowie den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft, wird die Tagung seit 1960 zweimal jährlich in Berlin veranstaltet.

Die wissenschaftliche Betreuung durch das DIW Berlin und die aktive Mitarbeit von Teilnehmern aus der Praxis sind das Qualitätssiegel der Tagung. Es wird sowohl ein umfassendes und detailliertes Bild der aktuellen konjunkturellen Situation gezeichnet. Darüber hinaus werden die strukturellen Herausforderungen der deutschen Wirtschaft durch ein wechselndes Schwerpunktthema behandelt. An der Industrietagung nehmen rund 100 Repräsentanten aus Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und der Wissenschaft regelmäßig teil.

Dialogue with companies and associations

The Industrial Conference is the traditional institutionalised forum for exchange between the DIW Berlin and the business sector. Since October 1960, the forum has met twice a year – May and November.

Approximately one hundred representatives of enterprises, business associations and economic sciences participate regularly. Since the the Federal Government moved to Berlin, the conference has been attracting increasing numbers of participants from politics. The conference understands itself to be a platform for dialogs on different viewpoints and opinions.

Kontakt

Inhaltliche Fragen

Dr. Dorothea Lucke (dlucke@diw.de)
Prof. Axel Werwatz (awerwatz@diw.de)

Konferenzmanagement

Ralf Messer (rmesser@diw.de)

Forschungsorientiert und erfolgreich in der internationalen Politikberatung

Die Konjunkturabteilung wurde nach der Übernahme der Abteilungsleitung durch Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Alfred Steinherr zum 1.1.2005 neu positioniert. Im Vordergrund stand dabei der gezielte Aufbau von wissenschaftlicher Exzellenz, um auch in der Konjunkturabteilung gemäß der Anforderungen von Wissenschaftsrat und Leibniz-Gemeinschaft eine akademische Fundierung der wirtschaftspolitischen Beratung sicher zu stellen. Nach Auffassung des DIW Berlin ist ein hoher Forschungsstand eine notwendige Voraussetzung, um auf Dauer eine hohe Qualität der wirtschaftspolitischen Beratung zu garantieren. Das DIW Berlin widmet sich dabei den Aufgaben aus Forschung und Politikberatung mit gleicher Kraft und in enger Interaktion. Ausgewiesene akademische Leistungen werden auch von den externen Evaluierungskommissionen eingefordert, die die Arbeit der Institute in regelmäßigen Abständen begutachten.

Mitte 2007 verfügt die Konjunkturabteilung nach abgeschlossenem Umbau über 13 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Vor dem Wechsel der Abteilungsleitung waren lediglich 12 Wissenschaftler/innen beschäftigt. Insgesamt sind 9 promovierte Wissenschaftlern in der Abteilung angestellt, davon haben 5 einen Doktorabschluss aus dem Ausland und ein Mitarbeiter ist habilitiert im Vergleich zu 7 Promovierten 2003. Die langjährigen Erfahrungen der Wissenschaftler mit der Konjunkturanalyse und ihren Methoden wird auch durch zahlreiche wissenschaftliche Publikationen dokumentiert. Damit hat die Konjunkturabteilung die wissenschaftlich stärkste Besetzung, die das DIW Berlin jemals hatte. Die erfolgreiche Neuaufstellung der Abteilung manifestiert sich in einem beeindruckenden Anstieg der Publikationen in referierten Fachzeitschriften des Social Science Citation Index (SSCI). Während vor der Übernahme der Abteilung durch Herrn Prof. Steinherr praktisch keine Publikationsaktivitäten vorhanden waren, haben die Wissenschaftler der Abteilung im Jahr 2006 insgesamt 16 Artikel in Zeitschriften des SSCI Index veröffentlicht. Mit dieser starken Publikationsleistung ist die Konjunkturabteilung des DIW Berlin international sichtbar und hebt sich damit deutlich von den nationalen Wettbewerbern ab. Die starke Präsenz der Abteilung auf renommierten nationalen und internationalen Konferenzen unterstreicht diese Entwicklung.

SSCI Publikationen der Konjunkturabteilungen der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute¹

Anzahl SSCI-Publikationen	2003	2004	2005	2006
DIW Berlin	1	0	7	16
ifo	1	1	1	3
IfW	1	1	1	0
RWI	0	1	0	0
IWH	0	1	0	2

¹ ifo: Institut für Wirtschaftsforschung, München; IfW: Institut für Weltwirtschaft, Kiel; RWI: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung; IWH: Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Die internationale Anbindung der Konjunkturabteilung wird durch zahlreiche Forschungsnetzwerke gefördert, in denen die Abteilung aktiv ist (European Forecasting Research Association for the Macro-Economy, EUROFRAME; Forum Euro-Méditerranéen des Institutes Economiques, FEMISE; Central Eastern European University Network, CEEUN; Association of European Conjuncture Institutes, AIECE; The European Money & Finance Forum, SUERF). Zusätzlich verfügt der Abteilungsleiter über vielfältige internationale Anbindungen (European Investment Bank, EIB; Professor of Economics, University of Bolzano) und kann eine umfangreiche akademische Vita im europäischen Ausland vorweisen. Er besitzt zudem eine große Beratungskompetenz aus diversen Projekten in der dritten Welt. Neben verschiedenen

Beratungsprojekten für nationale Auftraggeber ist die Abteilung auch in zahlreichen Projekten für die Europäische Kommission tätig. Unter anderem hat die Konjunkturabteilung den Zuschlag zur Evaluierung der Prognosedienste der DG ECFIN (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen) erhalten. Dem Projekt ging ein hoch kompetitives internationales Wettbewerbsverfahren voraus. Das DIW Berlin konnte im Rahmen der Ausschreibung seine wissenschaftlich fundierte Expertise zu Prognosefähigkeiten international unter Beweis stellen.

Die Hauptaufgabe der Abteilung Konjunktur besteht in der theoretisch und empirisch fundierten Analyse der nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung sowie des Einflusses der makroökonomischen Stabilisierungspolitik. Auf Grundlage der Forschungsergebnisse werden Prognosen der konjunkturellen Entwicklung erstellt und konkrete Handlungsempfehlungen an die Träger der Wirtschaftspolitik formuliert.

Das DIW Berlin verfügt dabei über ein umfangreiches, selbst entwickeltes makroökonomisches Mehr-Länder-Modell zur Konjunkturprognose, das neusten ökonomischen Anforderungen genügt. Dieser modelltheoretischen fundierten Prognose des DIW Berlin steht die immer noch vorrangig qualitative Analyse in der deutschen Konjunkturforschung entgegen. Das Modell des DIW Berlin ist u.a. in der Lage, Prognosefehler ex post zu analysieren, Sensitivitätsanalysen durchzuführen und Intervallschätzungen anzugeben. Die Techniken erlauben beispielsweise eine Einschätzung darüber, ob Prognosefehler signifikant sind und ob in diesem Fall die inhaltliche Begründung der Prognose zu modifizieren ist. Mit den makroökonomischen Modellen des DIW Berlin für Deutschland und den Euroraum beziehungsweise für die großen Länder der Europäischen Union können insbesondere auch Mittelfristscenarien berechnet werden. Eine optimale Anpassung der Modellstruktur an sich ändernde Aufgabenstellungen ist dabei möglich, weil es sich um Eigenentwicklungen handelt, die sämtlich von Mitarbeitern der neuen Konjunkturabteilung erstellt wurden. Die Struktur von sonst in der deutschen Konjunkturanalyse verwendeten Fremdmodellen (The National Institute's Global Economic Model, NiGEM, etc) ist in hohem Umfang fixiert. Durch die ökonomisch fundierte Prognose wird eine höhere Stabilität bei den Vorhersagen erreicht. Damit werden der Politik hochwertigere Entscheidungsvorlagen bereitgestellt. Wie sich gerade wieder im letzten Jahr gezeigt hat, sind die Prognosen anderer Institute auch aufgrund des dort praktizierten iterativ-analytischen Ansatzes zum Teil erheblichen Schwankungen unterworfen.

Die Methodenkompetenz der Konjunkturabteilung des DIW Berlin wird unter anderem auch dadurch unterstrichen, dass im Jahr 2006 ein beträchtliches Drittmittelvolumen bei der Leibniz-Gemeinschaft zum Aufbau von mikrofundierten Gleichgewichtsmodellen eingeworben werden konnte. Damit wird das Modellportfolio ergänzt und der technologische Vorsprung im Wettbewerb weiter ausgebaut. Neben dem Einsatz makroökonomischer Modelle ist ferner die Entwicklung einer Software zu nennen, mit der Rundrechnungen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) in Echtzeit möglich sind. Als Prognoseinstrument für die kurzfristige Konjunkturentwicklung werden dynamische Faktormodelle verwendet.

Zur Analyse der konjunkturellen Dynamik werden vorwiegend neukeynesianische Erklärungsmuster herangezogen, die aber nicht mehr dogmatisch vertreten werden. Statt dessen basieren die Analysen und Prognosen auf empirischer Evidenz. Infolge von Rigiditäten bei Löhnen und Preisen kann das neue Gleichgewicht bei einer Änderung der ökonomischen Bedingungskonstellationen nur langfristig erreicht werden. Daraus ergeben sich Folgerungen für die wirtschaftspolitische Analyse. Beispielsweise können Maßnahmen so kurz- und langfristig unterschiedlich wirken. Der Einsatz fortgeschrittener quantitativer Methoden und die Betonung neukeynesianischer Erklärungsmuster stellen Alleinstellungsmerkmale der Konjunkturabteilung des DIW Berlin dar.

Wissenschaft und Politikberatung sind in der heutigen Konjunkturabteilung auf höchstem Niveau eng miteinander verbunden. Die Abteilung erfüllt damit die Anforderung, forschungsgestützte Beratung für Politik und eine breite Öffentlichkeit bereit zu stellen und ist aufgrund ihrer ausgezeichneten Leistungen in Forschung und Beratung international konkurrenzfähig aufgestellt.

Wissenschaftler der Konjunkturabteilung des DIW Berlin mit Forschungs- sowie Beratungsschwerpunkten

(detailliertere Angaben finden sich auf der Homepage unter www.diw.de/deutsch/dasinstitut/abteilungen/kon/index.html)

Prof. Dr. Dr. h.c. Alfred Steinherr	Seit 2005 bis 2009 Leiter der Abteilung Konjunktur. Experte für Finanzmärkte und Europäische Integration. Zahlreiche internationale berufliche Stationen (Europäische Investitionsbank, Internationaler Währungsfonds, Europäische Kommission, etc)
Dr. habil. Christian Dreger	Seit 2005 am DIW Berlin, stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunktur. Spezialist für ökonometrische Verfahren, Europäische Integration, Geldnachfrage, makroökonomische Implikationen struktureller Reformen, Regionalprognose
Patricia Alvarez-Plata	Seit 2002 am DIW Berlin. Internationale Finanz- und Devisenmärkte, Analyse und Prognose der weltwirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere USA und Asien
Prof. Dr. Ulrich Fritsche	Seit 1998 am DIW Berlin. Juniorprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg, insbesondere Empirische Wirtschaftsforschung, Schwerpunkte in Geldtheorie und -politik
Atanas Hristov	Seit 2005 am DIW Berlin. Ph.D. Universität Barcelona. Entwicklung dynamisch stochastischer Gleichgewichtsmodelle
Konstantin Kholodilin, Ph.D.	Seit 2005 am DIW Berlin. Entwicklung konjunktureller Frühindikatoren für Kurzfristprognosen, Regionalprognose, Außenhandel
Erik Klär	Seit 2005 am DIW Berlin, Makroökonomische Theorie, Lohn- und Arbeitsmarktpolitik
Dr. Stefan Kooths	Seit 2005 am DIW Berlin. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Rundrechnung, Konjunkturbarometer, Entwicklung von Simulationsmodellen
Dr. Tatjana Ribakoff	Seit 1991 am DIW Berlin. Management internationaler Forschungs- und Beratungsprojekte, Projektaquise, Transformationsforschung
Boriss Siliverstovs, Ph.D.	Seit 2005 am DIW Berlin. Ph.D. Universität Aarhus. Ökonometrische Verfahren, Analyse und Prognose der Investitionstätigkeit
Jirka Slacalek, Ph.D.	Seit 2004 am DIW Berlin. Ph.D. Johns Hopkins Universität. Analyse und Prognose der Konsumnachfrage, Geldpolitik, Zeitreihenökometrie
Dr. Joachim Volz	Seit 1969 am DIW Berlin. Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere in den größeren Volkswirtschaften der EU
Florian Zinsmeister	Seit 2007 am DIW Berlin. Finanzpolitik, Öffentliche Finanzen und makroökonomische Modelle

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens
6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG, Berlin
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch
auszugsweise – nur mit Quellenangabe und
unter Zusendung eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Information und Organisation
des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gemeinschaftsdiagnose in Not

Seit längerem wurde eine Reform der Gemeinschaftsdiagnose diskutiert, bei der zuletzt fünf Leibniz-Institute der Bundesregierung Ratschläge zur Konjunkturpolitik erteilten. Die Regierung störte der vielfältige Stimmenkanon bei der Prognosestätigkeit. Sie wollte den Beraterkreis verkleinern und effektiver mit der Regierungstätigkeit abstimmen. Das DIW Berlin drängte intern ebenfalls seit einigen Jahren auf Reformen: Das ineffektive und unproduktive Spielwiesen-Palaver, bei dem Dutzende von Mitarbeitern aller Institute wochenlang kaserniert semantischen Neigungen nachgehen, sollte zugunsten arbeitsteiliger, methodenorientierter Arbeit eingestellt werden. Die Analysen sollten forschungsorientierter an alternativen Szenarien orientiert sein und Ausflüge in die Kommentierung von politischen Maßnahmen, die die fachliche Kompetenz von Konjunkturabteilungen (wie z.B. die Gesundheitsreform) übersteigen, sollten unterbleiben.

Zu Jahresbeginn einigte sich das Bundeswirtschaftsministerium mit den Leibniz-Instituten auf eine internationale öffentliche Ausschreibung, bei der nur drei bis vier Anbieter mit anerkanntem wissenschaftlichen Status (aus Deutschland Leibniz-Institute) und nur unabhängige Einrichtungen zum Zuge kommen sollten. Anbieterzusammenschlüsse sollten nicht zugelassen sein. Bereits bei der öffentlichen Ausschreibung ist dann vom wissenschaftlichen Status, und wie er gegebenenfalls nachzuweisen wäre, nicht mehr die Rede gewesen. Gefordert wurden nur noch „unabhängige Forschungsinstitute“. Unerwartet wurden plötzlich Bietergemeinschaften zugelassen. Die Vorprüfung des Bieterverfahrens überstanden dann eine Reihe von Instituten, deren wissenschaftliche Leistungsfähigkeit weder geprüft noch deren Unabhängigkeit gesichert ist.

Das neue Beraterkonsortium von Gemeinschaftsdiagnostikern der Bietergemeinschaften des Wettbewerbsverfahrens besteht nun aus acht Instituten aus drei Ländern. Es ist sicher nützlich, wenn Deutschland von den Erfahrungen Österreichs und der Schweiz lernt. Das ursprüngliche Ziel der Reduzierung der Teilnehmerinstitutionen auf maximal vier wird allerdings grandios verfehlt. Leichter wird eine gemeinschaftliche Diagnose dadurch nicht. Zu einer besseren Einbindung der Berater in das Regierungshandeln wird es somit wohl kaum kommen.

Schwerer noch wiegt die Rehabilitierung der Beratungsbeliebigkeit. Bei der Konjunkturanalyse ist das Tor für gesellschaftspolitisches Consulting wieder weit aufgestoßen worden. Der positive Stellenwert von wissenschaftsbasierter Politikberatung ist im Entscheidungsprozeß und in der Begleitdiskussion in den Medien immer wieder deutlich bestritten worden. Dies ist ein klarer Rückschlag für die Bemühungen von Wissenschaftsrat und Leibniz-Gemeinschaft, die wissenschaftliche Basis in den Wirtschaftsforschungsinstituten zu stärken, um so die wirtschaftspolitische Beratung zu verbessern.

Die Auswahl der acht Institute für die neue Gemeinschaftsdiagnose reflektiert die politischen Präferenzen der Bundesregierung in der Großen Koalition und nicht die Kriterien des Wettbewerbsverfahrens. Letztlich kann man sich den Kundenwünschen nicht entziehen. Hinter dieser Erkenntnis müssen die eigentlich erforderlichen Mängelrügen über Verfahrensfehler, falsche politische Motivationen und problematische wissenschaftspolitische Konzeptionen zurücktreten. Das DIW Berlin passt mit seiner wissenschafts- und methodenorientierten Ausrichtung nicht zum derzeit von der Politik gewünschten Produkt. Insoweit ist der Ausschluss des DIW Berlin aus der Gemeinschaftsdiagnose konsequent und kann auch durch das Institut respektiert werden.

Das DIW Berlin wird weiter sein Konzept, forschungsbasierte Beratung und anwendungsorientierte Forschung zu kombinieren, umsetzen und für seine Produkte werben. Es wird die inhaltliche Auseinandersetzung um die beste Konjunkturanalyse und die überzeugendste makroökonomische Politik weiter mit vollem Einsatz führen und sich kritisch in die öffentliche Diskussion einbringen. Ob das zurück in die Gemeinschaftsdiagnose führt, ist dabei nicht von Relevanz. Dazu müssten sich auch die Rahmenbedingungen ändern: Wissenschaftliche Exzellenz und gesellschaftspolitische Unabhängigkeit müssten Priorität erhalten. Die Vergabe einer Gemeinschaftsaufgabe an konkurrierende Konsortien ist absurd. Konsequenz wäre allenfalls ein Wettbewerb zwischen Bietergemeinschaften, die alternativ alleine die Gesamtaufgabe übernehmen.

Gemeinschaftsdiagnose und Wettbewerb schließen sich aber letztlich aus. Die Prognosevielfalt der Institute stellt die eigentliche Information dar. Sie vom Steuerzahler subventioniert zu unterdrücken ist problematisch. Der Schulterchluss der Regierung mit der Wissenschaft ist zwar leichter, wenn man sie zu einem einheitlichen Urteil zwingt und zwingen kann. Das ist nun allerdings schwieriger als jemals zuvor. So bleibt die Frage, ob sich die Gemeinschaftsdiagnose in der neuen Konstellation nicht bereits überlebt hat.

Klaus F. Zimmermann, Präsident